



Vorstandsbericht der
Deutschen Gesellschaft
für Soziale Psychiatrie

2010–2013

Inhaltsübersicht

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

■ Einleitung	3
■ Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP	4
■ Veranstaltungen und Tagungen	4
■ Bericht der Schatzmeisterin	5

Bericht der Kassenprüfer

5

Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

■ Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle	6
■ Personalsituation	6
■ Sonstiges	6

Stiftung für Soziale Psychiatrie

■ Wechsel in der Geschäftsführung der Stiftung	7
■ Stiftungsbeirat und prominente Unterstützer der Stiftung	7
■ Kulturveranstaltungen der Stiftung in den Jahren 2011 bis 2013	7
■ Förderpreis der Stiftung für Soziale Psychiatrie für Projekte guter Praxis in der Sozialpsychiatrie	7
■ Weitere Aktivitäten der Stiftung	8
■ Vorläufiger Finanzbericht	8

Mitgliederrundbrief „Soziale Psychiatrie“

9

Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)

■ FA Arbeit und Beschäftigung	9
■ FA Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)	10
■ FA Betreutes Wohnen in Familien/Familienpflege (BWF)	11
■ FA Forschung	11
■ FA Gerontopsychiatrie	12
■ FA Kinder und Jugendliche	13
■ FA Menschen in Heimen	13
■ AK Pflege	14
■ FA Psychopharmaka	15
■ FA Psychotherapie	15
■ FA Sucht	15

Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)

16

■ DGSP Baden-Württemberg (DGSP-BW)	16
■ Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BayGSP)	16
■ Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BGSP)	17
■ Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BraGSP)	18
■ DGSP-Landesverband Bremen	18
■ Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HGSP)	19
■ Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HeGSP)	20
■ DGSP Niedersachsen (DGSP-N)	21
■ Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (RGSP)	21
■ DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz	22
■ Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (SGSP)	23
■ Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt	23
■ DGSP Schleswig-Holstein (DGSP-SH)	24
■ Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen	24
■ Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (WGSP)	25

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind:

Friedrich Walburg
Diplom-Psychologe, Stuttgart
1. Vorsitzender

Annelies Arms
Erzieherin, Scheeßel
1. stellvertretende Vorsitzende

Constantin von Gatterburg
Diplom-Sozialarbeiter, Heppenheim
2. Vorsitzender

Christel Achberger
Diplom-Psychologin, Flintbek
Schatzmeisterin

Bettina Scholtz
Diplom-Psychologin, Riedstadt
Schriftführerin

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

Einleitung

Liebe Mitglieder!

Diesmal geht erstmals eine dreijährige Vorstandsperiode zu Ende. In dieser Zeit hat sich der 2010 im Amt bestätigte geschäftsführende Vorstand zahlreichen sehr komplexen Themen gewidmet, die ihn auch weiter beschäftigen werden. Darunter etwa die Konsequenzen aus der UN-Behindertenrechtskonvention, die Entwicklungen in der Integrierten Versorgung und der Krankenhausfinanzierung sowie der Umgang mit Psychopharmaka. Bereits in einer zweiten und erweiterten Auflage erschienen ist das „Memorandum zur Anwendung von Neuroleptika“. Neu dazugekommen ist die Broschüre „Eine Generation wird krankgeschrieben“, die sich kritisch mit den Psychopharmaka-Verordnungen bei ADHS auseinandersetzt. Der Anklang war so groß, dass die erste Auflage in kurzer Zeit vergriffen war. Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld, das uns sicher noch länger beschäftigen wird, ist das Thema Zwang und Gewalt in der Psychiatrie.

Unterstützt werden wir bei unserer Arbeit durch den erweiterten Vorstand und insbesondere von unseren Geschäftsführern und der gesamten Geschäftsstelle der DGSP, inzwischen in neuer, erweiterter Zusammensetzung. Unsere bewährte langjährige Mitarbeiterin Heidemarie Helfrich ist Ende des vergangenen Jahres nach fast 25-jähriger Tätigkeit ausgeschieden. Seit November 2012 haben wir mit Dörte Staudt eine Mitarbeiterin für die Öffentlichkeitsarbeit. Denn das Engagement der AG Öffentlichkeitsarbeit mit Monika Bachmeier, Stephan Debus und Thomas Meinhart hat uns einerseits gezeigt, wie wichtig die Ansprache von Presse und Öffentlichkeit für unsere Gesellschaft ist. Sie hat aber auf der anderen Seite ein ehrenamtlich zu leistendes Zeitkontingent überfordert und sollte darüber hinaus strukturell in der Geschäftsstelle verortet sein. Erste Ergebnisse der neuen Stelle sind der Newsletter für unsere Mitglieder und die Aktionen im Vorfeld und am Rande unserer diesjährigen Jahrestagung in Erfurt. Diese Tagung wurde von unserem jüngsten Landesverband Thüringen kreativ und lebendig gestaltet.

Ohne unsere Landesverbände und Fachausschüsse hätten wir die Vielzahl der Tagungen und zahlreichen Stellungnahmen zu sozial- und gesundheitspolitischen Themen in den vergangenen drei Jahren nicht stemmen können. Allen Mitgliedern gebührt unser herzlichster Dank für das hohe ehrenamtliche Engagement. Ohne diese Mitstreiter wäre unsere Vorstandsarbeit nicht möglich. Die DGSP lebt durch die Zahl und die vielfältige Kompetenz ihrer Mitglieder. Sie vertreten die DGSP auch in wichtigen Gremien und Allianzen, wie beim Aktionsbündnis Seelische Gesundheit (Günter Storck), der UN-BRK Allianz (Patrizia Di Tolla), dem Paritätischen Wohlfahrtsverband (Josef Schädle) und bei Mental Health Europe (Christa Widmaier-Berthold). Daneben sind wir auch beim „Kontaktgespräch Psychiatrie“ vertreten, das alljährlich das Begleitprogramm der Gedenkveranstaltung für die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation am ersten Wochenende nach dem 1. September an der Tiergartenstraße 4 in Berlin gestaltet. Wir kooperieren mit dem Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen, dem Bundesnetzwerk Unabhängiger Beschwerdestellen, der Soltauer Initiative und dem Betreuungsgerichtstag. Wir sind folglich gut vernetzt. Gesellschafter sind wir auch immer noch im Psychiatrie-Verlag, dessen Hauptgesellschafter seit Ende 2010 der Schattauer-Verlag ist. Auch wenn es an dieser Kooperation viel Kritik gegeben hat: Wir sind überzeugt davon, dass der Psychiatrie-Verlag nur so überleben konnte. Zu klären ist, inwieweit die DGSP ihr Engagement dort weiter aufrechterhalten kann oder soll.

Inzwischen hat sich die DGSP auch eine Geschäftsordnung gegeben,

die das Verhältnis zwischen geschäftsführendem und erweitertem Vorstand, den Fachausschüssen, Landesverbänden und der Geschäftsstelle abbildet und die auf unserer letzten Mitgliederversammlung in Mönchengladbach 2012 verabschiedet wurde.

Unverändert erfolgreich und beliebt ist unsere Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“, die sich kritisch und unabhängig mit den unterschiedlichsten Themen der Sozialpsychiatrie befasst und somit eine wichtige Plattform ist. Dem Redaktionsteam an dieser Stelle herzlichen Dank!

Ebenso erfolgreich und beliebt sind unsere zahlreichen Aus-, Fort- und Weiterbildungen, die das Wissen um soziale Psychiatrie im weitesten Sinne weitergeben. Dieser Bereich ist für die DGSP nicht nur inhaltlich unverzichtbar, sondern gibt ihr auch ein finanzielles Polster. Stolz dürfen wir auf unseren Forschungs- und Nachwuchspreis sein, der junge Forscher anregt, sich mit Themen der Sozialpsychiatrie zu befassen. Gleiches gilt auch für unseren Stiftungspreis, der an die Initiatoren trialogischer innovativer Projekte vergeben wird. Unsere „Stiftung für Soziale Psychiatrie“ hat in den letzten drei Jahren mit sehr lebendigen Kulturveranstaltungen der Öffentlichkeit Psychiatrie nähergebracht und wird jetzt auch mehr wahrgenommen. Das ist vor allem das Verdienst unseres ehrenamtlichen Geschäftsführers Christian Nieraese.

Die DGSP ist weiterhin ein lebendiger, kritischer, diskussionsfreudiger Verband, der auch von seinen Kritikern wahrgenommen wird. Wir wünschen uns, dass das so bleibt und sie durch viele neue jüngere Mitglieder belebt wird, damit die Sozialpsychiatrie auch in den nächsten Jahren lebendig bleibt, gelebt wird. Wir hoffen, dass unsere diesjährige Jahrestagung dazu beiträgt.

*Friedrich Walburg
Vorstandssprecher der DGSP*

Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP

Die DGSP hat sich im Berichtszeitraum intensiv mit den Fragen der Krankenhausfinanzierung in der Psychiatrie beschäftigt und sich dabei in Stellungnahmen vom November 2010, Dezember 2011 und Februar 2012 positioniert. Die Stellungnahmen wurden zum Teil mit anderen psychiatrischen Fachverbänden abgestimmt. Wesentlich dabei: eine klinisch-psychiatrische Versorgung, die in der Region eine angemessene Versorgung auch chronisch psychisch kranker Menschen sicherstellt und bei der nicht mit falschen Anreizen gesteuert wird. Im Gesetzgebungsverfahren wurden die Bedenken und Einwände nicht oder nur in sehr geringem Umfang berücksichtigt.

Im Mai 2012 haben die im „Kontaktgespräch Psychiatrie“ zusammengeschlossenen Verbände eine Stellungnahme zu den wesentlichen Punkten der UN-Behindertenrechtskonvention verfasst. Die DGSP trägt diese Stellungnahme mit. Insbesondere die Diskussion um die Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen und die Überprüfung der rechtlichen Regelungen bezüglich freiheitsbeschränkender oder -entziehender Maßnahmen nimmt einen breiten Raum ein.

Nach den Urteilen des Bundesgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes hat sich der Vorstand im Rahmen einer Stellungnahme im Oktober 2012 dazu positioniert. Er begrüßt die rechtlichen Klarstellungen einerseits, weist aber auch auf weiterhin bestehenden gesetzgeberischen Regelungsbedarf hin. Als zentraler Bestandteil der Stellungnahme wird allerdings auf ein tiefgehendes Erfordernis eines gut ausgebauten sozialpsychiatrischen Versorgungssystems sowie auf das praktische Erfordernis von Alternativen zur Zwangsbehandlung hingewiesen.

Heftige Kritik übte der Vorstand in einer Stellungnahme vom Februar 2013 an den neu verabschiedeten Rechtsänderungen bei der Begutachtung von Pflegebedürftigkeit. Die Weiterführung der alten Verfahrensweisen schreibt ein System fort, das die komplexen Anforderungen an eine Pflege in guter Qualität außer Acht lässt. Es wird ein neues Bewertungssystem und Verfahren auf der Grundlage bereits erforschter und erprobter wissenschaftlicher Ergebnisse gefordert.

In einer Stellungnahme vom Oktober 2010 positionierte sich die DGSP kritisch zu dem Modell der Integrierten Versorgung in Niedersachsen (IV), insbesondere die Öffnung für Initiativen der Pharmaindustrie wird abgelehnt. Die Entwicklung anderer IV-Modelle begleitet die DGSP kritisch. Die DGSP ist zu diesem Thema auch im Austausch mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Veranstaltungen und Tagungen

Folgende Veranstaltungen und Tagungen wurden durch die Bundes-DGSP bzw. mit Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle durchgeführt:

Im Jahr 2011

- Mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle fand der 2. Fachtag des Fachausschusses Arbeit und Beschäftigung am 11. Februar in Stuttgart statt. Etwa 150 Teilnehmer besuchten die ausgebuchte Tagung; in Plenarveranstaltungen und in zahlreichen Arbeitsgruppen setzten sie sich mit der Tagungsthematik „Arbeit für alle“ auseinander.
- Gemeinsam mit zahlreichen anderen Verbänden richtete die DGSP am 2. und 3. September 2011 in Berlin die Gedenkveranstaltung „Gegen das Vergessen – aus der Geschichte lernen“ aus.
- Am 25.10.2011 fand unter der Beteiligung der DGSP eine Fachtagung zum Thema Integrierte Versorgung mit dem Titel „Integrierte Versorgung – mehr als die Summe aller Teile“ in Kassel statt.
- Die Jahrestagung des Verbandes fand in der Zeit vom 17. bis 19. November in Kooperation mit dem Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg in Ravensburg-Weissenau statt. Das Thema, dem sich die etwa 250 Besucher widmeten, lautete: „Alt werden – aber wie?“

Im Jahr 2012

- Am 1. und 2. März fand der vierte gemeinsame Fachtag „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“ des Fachausschusses Sucht mit organisatorischer Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle in Leipzig statt. Etwa 250 Tagungsteilnehmer befassten sich im Plenum wie auch in Arbeitsgruppen mit Hilfen für suchtkranke Menschen in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern sozialer Arbeit.
- Die DGSP als Teil des Netzwerkes Sozialpsychiatrischer Dienste hat sich an der zweiten bundesweiten Veranstaltung „Segel setzen“, die am 22. und 23. März in der Sportakademie in Hannover stattfand, aktiv beteiligt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialpsychiatrischer Dienste tauschen sich in diesem Netzwerk alle zwei Jahre auf Bundesebene aus. Daneben organisiert das Netzwerk auch regionale Treffen.
- Unter dem Titel „Verantwortung übernehmen für ‚die Schwierigsten‘! Brauchen wir dazu die geschlossene Heimunterbringung?“ gab es am 23. und 24. März eine mit 300 Teilnehmenden sehr gut besuchte Tagung in Köln. Die DGSP als Hauptveranstalterin der Tagung hatte damit für dieses aktuell drängende Thema ein Forum angeboten.
- Es fand mit Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle eine Veranstaltung der Stiftung für Soziale Psychiatrie anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2012 in Köln statt. Unter dem Veranstaltungsmotto „Jede Barriere ist eine zu viel!“ gab es unter anderem ein Referat von Prof. Klaus Dörner mit dem Titel „Helfensbedürftig – Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert“ mit einem anschließenden Dialog mit Prof. Reinhold Knopp.
- Am 19. Mai wurde mit organisatorischer Unterstützung der Geschäftsstelle der „Förderpreis der Stiftung für Soziale Psychiatrie“ an zwei Projekte aus Dortmund verliehen.
- Die Jahrestagung fand in der Zeit vom 25. bis 27.10.2012 in Mönchengladbach statt. Unter dem Titel „Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet – welche Psychiatrie wollen wir morgen haben?“ kamen etwa 280 Mitarbeitende des psychiatrischen Versorgungssystems zusammen, um sowohl in Plenarveranstaltungen wie auch in themenspezifischen Foren auf die zukünftigen Herausforderungen und damit verbundenen Fragen Antworten zu finden.

Im Jahr 2013

- Die DGSP veranstaltete gemeinsam mit der Soltauer Initiative für Sozialpolitik und Ethik in sozialen Arbeitsfeldern am 1. und 2. Februar in Köln den Workshop „Soziale Kehrtwende!“. Die etwa 50 Teilnehmenden aus unterschiedlichen Initiativen, Bündnissen und Vereinen arbeiteten an der Frage, wie es gelingen kann, dass sich soziale Initiativen wirkmächtig zusammenschließen. Ein Ergebnis ist ein aktuelles Aktionsbündnis gegen die Einführung des pauschalen Entgeltsystems in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP).
- Der 3. Fachtag Arbeit fand am 6. Februar unter dem Titel „Arbeit ist ein Teilhaberecht“ mit Unterstützung der Geschäftsstelle zum zweiten Mal in Dortmund statt. Im Vordergrund standen der Austausch über die Teilhabemöglichkeiten der Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im Bereich Arbeit und ein „Projektmarkt“ zur Präsentation von guten Praxisbeispielen.
- Die aktuelle Debatte zum Thema Zwang hat die DGSP bei einer Tagung am 23. Mai in Frankfurt/Main mit dem Titel „Notfall Seele – Zwang und Gewalt, Macht und Ohnmacht in der Psychiatrie“ gemeinsam mit dem hessischen Landesverband der DGSP in einer gut besuchten Veranstaltung aufgegriffen.
- Die Jahrestagung der DGSP findet in der Zeit vom 7. bis 9. November in Erfurt zu dem Thema „Psychiatrie ohne Einrichtungen – Sozialromantik oder sinnvolle Versorgungsperspektive?“ gemeinsam mit der dortigen Fachhochschule statt.

Bericht der Schatzmeisterin

Nach § 8 der Satzung der DGSP ist durch die Schatzmeisterin alle drei Jahre am Ende der Amtszeit des geschäftsführenden Vorstandes ein Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Die vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Dipl.-Kfm. Klaus Reinhard und Dipl.-Kfm. Hartmut Fuchs haben die Berichte der Jahresabschlüsse 2010, 2011 und 2012 vorgelegt und die Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse bestätigt.

Der Aufwand des Vereins im Bereich der ideellen Tätigkeiten des Vereins ist im Wesentlichen durch die Personalausgaben bestimmt. Die Personalkosten sind in 2012 und 2013 gestiegen. Frau Heidemarie Helfrich, langjährige Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle, hat ihre Tätigkeit beendet. Um die Übergabe auf ihre Nachfolgerin Frau Birgit Appelhans sicherzustellen, kam es zu einer Überschneidung der Beschäftigung und aus diesem Grund zu Mehrkosten.

Ende 2012 wurde eine auf zwei Jahre befristete Halbtagsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet und mit Frau Dörte Staudt besetzt.

Diese zusätzlichen Personalkosten wurden mit einer Entnahme aus den Rücklagen gedeckt.

Die Erträge des Vereins setzen sich im Wesentlichen aus den Mitgliedsbeiträgen und den Einnahmen im Fortbildungsbereich zusammen.

Die DGSP hatte zum 01.01.2013 1.954 Mitglieder. Bis Mitte 2013 zeichnete sich eine leicht negative Entwicklung der Mitgliederzahlen ab. Ein negativer Trend ist noch nicht zu erkennen, aber aufgrund der Altersstruktur der Mitglieder zu befürchten.

Die Nachfrage nach Fortbildungen ist nach wie vor sehr gut. In diesem Bereich sind zurzeit keine Risiken für die Erträge zu erkennen. In dem Berichtszeitraum haben sich jeweils Jahresüberschüsse ergeben, die den Rücklagen zugeführt wurden. Durch diese Rücklagen ist die DGSP auch für zukünftige Entwicklungen gut aufgestellt.

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum eine umsichtige Haushaltsplanung umgesetzt und ist verantwortungsvoll und sparsam mit den Mitteln des Vereins umgegangen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte und verantwortungsbewusste Arbeit.

*Christel Achberger
Schatzmeisterin*

Bericht der Kassenprüfer

Vorliegende Unterlagen

Jahresabschluss 2010, 2011 und 2012, Summen-Saldolisten 2011 und 2012 und der Bericht über die Lohnsteuer Außenprüfung, durchgeführt am 28.02.2013 (Berichtsdatum 08.05.2013), alle Konten und alle Originalbelege, zusätzlich Gespräch über die Finanzeinschätzung der letzten beiden Jahre mit Birgit Appelhans und Richard Suhre.

Ergebnis

Es ergibt sich wie bei der letzten Kassenprüfung eine ausgeglichene Bilanz, wobei die Entwicklung als positiv zu bezeichnen ist. Insgesamt sind die GeschäftsstellenmitarbeiterInnen und der geschäftsführende Vorstand im überprüften Zeitraum verantwortungsvoll und sparsam mit den zur Verfügung stehenden Geldern satzungsgemäß umgegangen.

Veränderungen und Entwicklungen aus der Sicht der Kassenprüfer

- Die Mitgliederentwicklung scheint stabil, insgesamt ist eine geringfügige Rückläufigkeit zu verzeichnen.
- Die Zahl der institutionellen Mitglieder ist erneut angestiegen, wobei die Kurzfortbildungsangebote für die MitarbeiterInnen verstärkt in Anspruch genommen werden.
- Die finanzielle Basis der DGSP setzt sich weiterhin aus den Mitgliedsbeiträgen und aus den Erlösen der Fortbildungen zusammen.
- Bei den Fortbildungsangeboten, die längerfristig andauern wie SPZA, ist die Teilnehmerzahl pro Kurs rückläufig und somit eine generelle Einbuße des Überschusses zu erwarten. Die Kurzfortbildungen verzeichnen weiterhin einen enormen Anstieg und eine größere Teilnehmerzahl. Diese Erlöse stellen ein wichtiges Standbein der DGSP dar.
- Erträge aus kurzfristigen Zinsanlagen entfallen weitgehend. Soweit es im Rahmen einer Prüfung durch Stichproben möglich ist, wird hiermit die ordnungsgemäße Verwendung der Vereinsgelder im Sinne der Zielsetzung und Satzung der DGSP bescheinigt. Die Prüfung wurde durch die Kassenprüfer am 19. September 2013 durchgeführt.

*Kassenprüfer:
Ruth Vogel, Karl Ziegler*

Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle

In der DGSP-Bundesgeschäftsstelle in Köln werden alle wesentlichen Aktivitäten des Bundesverbandes gebündelt. Zu dem umfassenden Aufgabenspektrum gehören unter anderem:

- Information und Koordination zwischen Vorstand, Landesverbänden, Fachausschüssen/Arbeitskreisen
- Vor- und Nachbereitung von und Teilnahme an den Sitzungen des erweiterten und des geschäftsführenden Vorstands
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen zu psychiatriepolitischen Themen
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von DGSP-Tagungen und deren Durchführung; Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsgruppen vor Ort und kooperierenden Verbänden; Programm-erstellung und Öffentlichkeitsarbeit; Organisation des Tagungsbüros vor Ort; Finanzierungsplanung und Abrechnung
- Herausgabe der Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“, Redaktionsleitung und Herstellung; Koordination mit der ehrenamtlich tätigen Redaktionsgruppe; Vorbereitung und Leitung der Redaktionssitzungen; Anzeigenakquisition; Kontakte zu Verlagen und Zeitschriften; Aboverwaltung
- Inhaltliche Planung/Weiterentwicklung und organisatorische Abwicklung zahlreicher DGSP-Fortbildungen, wie z.B. der Weiterbildungen: Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA), Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter, Weiterbildung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (FAB), Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen, Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern, Organisation und Durchführung von Beiratsitzungen der Weiterbildungen, DGSP-Kurzfortbildungen (siehe hierzu auch S. 10)
- Mitarbeit im Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP
- Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Medien, Broschüren etc.) und Gremienarbeit (DPWV, diverse Arbeitskreise); Info-Tische auf Veranstaltungen
- Verwaltungsaufgaben/Finanzen: Mitgliederverwaltung, Sekretariatsaufgaben; Haushaltsplanung und -abrechnung; Abrechnung sämtlicher Fortbildungen; umfangreicher Informationsdienst durch Posteingang/Postausgang sowie Telefon

Die DGSP-Geschäftsstelle stellt für viele psychiatrisch tätige, interessierte oder betroffene Menschen einen wichtigen Informationspool dar. Zahlreiche Anfragen erreichen uns täglich telefonisch oder per E-Mail. Das Themenspektrum reicht von Fragen zu den DGSP-Fortbildungsangeboten, zu Konzeptfragen und Versorgungsangeboten über Einschätzungen zu psychiatriepolitischen Themen (insbesondere seitens der Medien) bis hin zu verbandsinternen Themen und Belangen sowie Beratungsanfragen von hilfe- und ratsuchenden Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen.

Personalsituation

In der DGSP-Geschäftsstelle arbeiten zurzeit vier fest angestellte MitarbeiterInnen in Vollzeit und seit Oktober 2012 eine Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit mit einer halben, auf zwei Jahre befristeten Stelle. Zusätzlich ist eine studentische Hilfskraft im Verwaltungsbereich beschäftigt. Unsere langjährige Kollegin Heidemarie Helfrich ist zum Ende Januar dieses Jahres in den Ruhestand getreten. Sie unterstützt uns jetzt im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung.

Die MitarbeiterInnen sind:

- Richard Suhre (Dipl.-Sozialarbeiter) ist Geschäftsführer. Seine Hauptaufgabenbereiche sind unter anderem Geschäftsführungsaufgaben, die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von ca. drei bis vier Tagungen im Jahr, die Begleitung und Weiterentwicklung der zahlreichen mittel- und langfristigen DGSP-Fortbildungsangebote sowie Koordinations- und Gremienarbeit, Finanzen, Beantwortung der auflaufenden Anfragen.
- Michaela Hoffmann (Dipl.-Sozialarbeiterin/Dipl.-Politologin) ist stellvertretende Geschäftsführerin. Zu ihrem Aufgabengebiet gehören unter anderem: inhaltliche Gestaltung, Redaktionsleitung und Herausgabe der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“; inhaltliche und organisatorische Planung der sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen und Erstellung des Programms; Koordinations- und Gremienarbeit; allgemeine Geschäftsführungsaufgaben.
- Birgit Appelhans, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist verantwortlich für die Mitgliederverwaltung, allgemeine Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben, Finanzverwaltung, Verwaltung der Kurzfortbildungen.
- Anke Kirchner, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist hauptsächlich für den DGSP-Fort- und Weiterbildungsbereich zuständig.
- Dörte Staudt, Politologin und Journalistin, ist für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Verbands zuständig.
- Deborah Helfrich, studentische Hilfskraft im Verwaltungsbereich. Da sie ihr Studium im April dieses Jahres beendet hat, ist sie aktuell in einem sehr geringen Umfang für die DGSP tätig.

Sonstiges

Das mittlerweile gut ausgebaute Weiterbildungsprogramm benötigt zur qualitativ guten Abwicklung einen hohen Verwaltungsaufwand und bindet somit einen großen Teil des vorhandenen Personals. Die Broschüren „Memorandum zur Anwendung von Neuroleptika“ und „Eine Generation wird krankgeschrieben“ finden viel Beachtung und wurden in zweiter Auflage nachgedruckt.

Mit Unterstützung von Dörte Staudt wollen wir die öffentliche Präsenz der DGSP im Rahmen der Öffentlichkeits- und Pressearbeit verbessern. Zu den Jahrestagungen soll an den Tagungsorten die DGSP mit themenbezogenen Aktivitäten Flagge zeigen und die Wahrnehmung der Öffentlichkeit vor Ort für psychiatrische Themen schärfen. Für Mitglieder und an der Arbeit der DGSP interessierte Personen wurde ein Newsletter entwickelt und eingeführt. Dieser erscheint neben der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ in kürzeren zeitlichen Abständen und informiert über aktuelle Ereignisse im Verband bzw. aus sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen.

Die weiterhin fehlende finanzielle Unterstützung bei der Durchführung von Fachtagungen seitens des Bundes und der Länder stellt auch zukünftig eine besondere Herausforderung dar. Dank der solidarischen Haltung auf Seiten der ReferentInnen und anderer Beteiligter sowie der vielfältigen Kooperationen zum Beispiel mit Hochschulen und befreundeten Verbänden ist es bislang gelungen, die Veranstaltungen auch ohne staatliche Unterstützung durchzuführen. Unser Bemühen geht auch weiterhin in die Richtung, sozial verträgliche Eintrittspreise bei den DGSP-Tagungen zu ermöglichen.

*Für die DGSP-Geschäftsführung:
Richard Suhre*

Stiftung für Soziale Psychiatrie

Wechsel in der Geschäftsführung der Stiftung

Im Protokoll der Stiftungsbeiratssitzung vom 18. Oktober 2010 ist vermerkt: „Im Rückblick auf das Jahr 2010 muss festgestellt werden, dass in Bezug auf die Stiftung nicht viel gelaufen ist. Als gelungen kann die Veranstaltung am Schluss der Jahrestagung 2010 im Struwwelpeter-Museum in Frankfurt angesehen werden. Erhard Eppler hat wegen Krankheit kurzfristig absagen müssen. Die Lesung hat dennoch stattgefunden mit Sibylle Prins und Christian Nieraese. Sibylle Prins las satirische Texte aus einem ihrer Bücher, Christian Nieraese las aus Texten von Erhard Eppler im Wechsel. Erstaunlicherweise funktionierte das, obwohl es vorher keine Absprache zwischen den Protagonisten gab. Gute Atmosphäre, leider nur ein kleiner Kreis von Zuhörern.“

So gesehen war das der Auftakt meiner Tätigkeit als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Stiftung für Soziale Psychiatrie. Offiziell wurde ich zu diesem Amt in der Beiratssitzung im Dezember 2012 berufen. War auch der Auftakt nicht gerade spektakulär – immerhin hatten wir damit gerechnet, dass der Auftritt von Erhard Eppler bei der Lesung zu seinem Buch „Der Politik aufs Maul geschaut“ große Summen an Eintrittsgeldern in die Stiftungskasse spülen würde –, so war es doch auch ermutigend zu hören, dass es eine schöne Veranstaltung gewesen sei, die den Stiftungsgedanken mit kulturellen Darbietungen kongenial verknüpfte.

Stiftungsbeirat und prominente Unterstützer der Stiftung

Der engere Stiftungsbeirat setzt sich zusammen aus insgesamt sechs Mitgliedern: drei Mitglieder aus dem geschäftsführenden DGSP-Vorstand, darunter der Vorsitzende Friedel Walburg als Stiftungsvorsitzender sowie Annelies Arms und Bettina Scholtz; Irmela Boden ist Vertreterin der Angehörigen, Ingo Ulzhöfer vertritt die Psychiatrie-Erfahrenen, ich selbst bin als Geschäftsführer Beiratsmitglied. Zum bereits bestehenden erweiterten Stiftungsbeirat konnte die überaus erfahrene langjährige Vorsitzende des Angehörigenvereins, Gisela Petersen aus Darmstadt, gewonnen werden. Allgemein bestand Konsens darüber, dass die Arbeit der Stiftung eine breitere Basis haben muss, um effektiver agieren und auch nach außen stärkere Wirkung zeigen zu können. Inzwischen hat die Stiftung für Soziale Psychiatrie einen Schirmherrn: Dr. Henning Scherf, Bürgermeister a.D. in Bremen. Dazu unterstützen der Kabarettist Jürgen Becker sowie der ebenfalls in Köln lebende Schriftsteller Günter Wallraff die Stiftung als prominente Bürger. Beirat und Unterstützer werden auf unserer Homepage vorgestellt: www.stiftung-sozialpsychiatrie.de

Kulturveranstaltungen der Stiftung in den Jahren 2011 bis 2013

In der Beiratssitzung am 5. Februar 2011 bestand Einigkeit darüber, in Anlehnung an die Veranstaltung im Struwwelpeter-Museum in Frankfurt vom November 2010 erneut eine Lesung mit interessanten Autoren zu organisieren und damit die Stiftung ins Gespräch und in die Öffentlichkeit zu bringen. Als Termin bot sich der 5. Mai – zumal Gründungstag der Stiftung – an. Denn die Förderung innovativer Projekte und Initiativen zur Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen ist das Anliegen der Stiftung für Soziale Psychiatrie. Und welcher Tag passte besser zu diesem Ziel als der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen? Zudem bezuschusst die „Aktion Mensch“ Projekte an diesem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, wenn der Inklusionsgedanke im Mittelpunkt der

Veranstaltung steht. So kam es, dass die Stiftung für Soziale Psychiatrie sich in den Jahren 2011 bis 2013 mit jeweils einer öffentlichen Veranstaltung am jährlichen Europäischen Protesttag beteiligte. Unter den Leitsätzen „Inklusion beginnt im Kopf“ im Jahr 2011 und „Jede Barriere ist eine zu viel!“ im Jahr 2012 rief die Stiftung zu einer gemeinsamen Aktion auf mit dem Ziel, ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern und damit letztlich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aktiv voranzubringen und mitzugestalten.

Mit der Veranstaltung am 5. Mai 2011 im Bürgerzentrum der Stadt Köln ist die Stiftung mit großer Risikobereitschaft ein zweites Mal in Erscheinung getreten. Bezogen auf das Motto des Protesttages stand in der Einladung: „Inklusion beginnt im Kopf und wird unter anderem im Raum konkret.“ Wir haben dazu den Rahmen geschaffen mit geschmücktem Raum, mit guter Musik, beachtenswerter Lyrik und Prosa, einer lebendigen Gesprächsrunde und einem Buffet. Jede Barriere ist eine zu viel! Dieses Motto stand als Leitsatz des Protesttages über der Aktion am 5. Mai 2012. Dabei ging es um die Wahrnehmung von Barrieren nicht etwa nur als bauliche Hindernisse, sondern auch als zu überwindende Denkmuster und Einstellungen in den Köpfen der Menschen. Die Stiftung wollte mit der Veranstaltung im Bezirksrathaus Köln-Mülheim auf die Bedeutung von Inklusion hinweisen und gleichzeitig Raum zur Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung anbieten. Eingeladen waren kommunalpolitische Mandatsträger, Kolleginnen und Kollegen sowie die interessierte Öffentlichkeit. Der Höhepunkt der Veranstaltung war die Vorstellung des Buches „Helfensbedürftig – Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert“ von Klaus Dörner, das der Autor selbst präsentierte. Zum Thema „Gesellschaftliches Leben der Zukunft – Möglichkeiten und Grenzen des dritten Sozialraumes“ sprach im Anschluss Professor Dr. Reinhold Knopp von der Fachhochschule Düsseldorf.

Im Mai 2013 hatte die Stiftung dann in Mannheim zu Fachvortrag und Literaturlesung eingeladen. Das Motto des Protesttages war dieses Mal: „Ich bin entscheidend“. Mit dem ehrwürdigen Florian-Waldeck-Saal im Zeughaus der Reiss-Engelhorn-Museen der Stadt Mannheim hatte ich einen Veranstaltungsort gefunden, der als „Ort der Normalität“ den Sinn dieses Tages, die Forderung von Inklusion, noch deutlich unterstrich. Auch die musikalischen Einlagen des brillanten Pianisten und dessen Sohn mit Trompete ließen den Nachmittag und Abend zu einer runden Kulturveranstaltung werden. „Inklusion erlebbar machen“, das sagte auch Bettina Scholtz aus dem Stiftungsbeirat bei der Begrüßung der rund 100 Zuhörer, sei schließlich „eines der wichtigsten Ziele, die sich die Stiftung für Soziale Psychiatrie seit ihrer Gründung im Jahr 2007 gesetzt hat“. Und über Inklusion sprach schließlich auch Michael von Cranach, ehemaliger Chefarzt in Kaufbeuren und Münchner Professor, bevor der ehemalige Theaterregisseur und Autor Sebastian Schlösser Ausschnitte aus seinen Briefen an den eigenen Sohn über seine Psychiatrieerfahrung las: „Lieber Matz, Dein Papa hat ‘ne Meise“.

Förderpreis der Stiftung für Soziale Psychiatrie für Projekte guter Praxis in der Sozialpsychiatrie

„Jede Barriere ist eine zu viel!“, das Motto des Protesttages zur Gleichstellung von Behinderten im Jahr 2012 hätte auch ein trefender Leitsatz für die Verleihung des Stiftungspreises sein können. Die eingereichten Bewerbungen für den dritten Stiftungspreis, der schließlich am 19. Mai 2012 im Dortmunder Rathaus übergeben wurde, machten deutlich, wie sich dieses Motto in die Praxis umsetzen ließe. „Jede Barriere ist eine zu viel“, dachten sich wohl auch die Initiatoren des Kunstprojektes aus Dortmund und nutzten Kunstaktionen in einem psychiatrischen Wohnheim und im angrenzenden Sozialraum als verbindendes Element, um Barrieren zwi-

schen Menschen aus unterschiedlichen Gruppierungen abzubauen. Dafür wurde das Projekt „Christ ist ... ein Künstler“ ausgezeichnet, zusammen mit dem Projekt „Praxisnahe Orientierungsphase an den Wochenenden für Menschen in seelischen Krisen“ des Vereins „Konstantes Lernen und Wachsen e.V.“ (KLuW), beide in Dortmund angesiedelt. Beide erhielten ein Preisgeld von 500 Euro.

Nachzutragen bliebe noch, dass beide mit dem Förderpreis der Stiftung ausgezeichnete Projekte aus dem Status der Bedeutungslosigkeit in der Stadt Dortmund nach der Preisverleihung heraustreten konnten und stattdessen wirklich spürbaren Auftrieb bekommen haben. Kontakte zwischen KLuW e.V. und der Psychiatrischen Klinik, und hier insbesondere dem Klinikchef, die es vorher überhaupt nicht gab, haben sich kontinuierlich entwickelt und finden jetzt sehr intensiv statt. Das Projekt „Christ ist ... ein Künstler“ arbeitet weiterhin mit einem Bildhauer an Skulpturen, aber vor allem ist die Wohneinrichtung „Haus Am Lohbach“ ein Teil der Kirchengemeinde, der niemanden mehr ängstigt – die Bewohner gehören zur Gemeinde.

Zum vierten Förderpreis der Stiftung in diesem Jahr wurde eine Pressemitteilung herausgegeben, in der die Kriterien der Ausschreibung als Voraussetzung für eine Bewerbung noch einmal deutlich genannt wurden. Prämiert wurden schließlich unter den mehr als 30 Einreichungen gleich zwei herausragende Beispiele: Das Psychiatrie-Museum Leipzig überzeugte die Jury mit seiner vielschichtigen Arbeit im Sinne der Sozialpsychiatrie. Einerseits werden die Ausstellungen, Veranstaltungen und Stadtführungen mit ihrer Aufbereitung der Psychiatrie-Geschichte aus der Perspektive von Betroffenen in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen und wirken damit entstigmatisierend. Andererseits gibt es eine nicht nur räumliche Verbindung zwischen dem Museum und dem 1990 gegründeten Leipziger Psychiatrie-Betroffenen-Verein Durchblick e.V. Er ist zugleich Träger der Einrichtung, beide sind im gleichen Gebäude untergebracht. Das Museum bietet hier Psychiatrie-Erfahrenen Möglichkeiten eines qualifizierten Zuverdienstes durch Führungen, Projekt- oder Archivarbeit im geschützten Raum (www.psychiatriemuseum.de).

Das Projekt „Nur Bürger integrieren Bürger“ des Sozialpsychiatrischen Verbands Haßberge in Trägerschaft der Diakonie Bamberg-Forchheim hat zum Ziel, langjährig chronisch kranke Heimbewohner in eigenen Wohnungen in ihrem persönlichen Umfeld in einer Gemeinde so zu integrieren, dass sie einen möglichst selbstbestimmten Alltag leben können. Möglich wird das, weil diesen Menschen, die zuvor oft über viele Jahre hinweg in Einrichtungen betreut worden waren, Bürgerhelfer zur Seite stehen. Zusätzlich zum Fachpersonal unterstützen diese ehrenamtlich tätigen Bürgerhelfer Psychiatrie-Erfahrene zum Beispiel bei der Freizeitgestaltung. Eine „gelebte Nachbarschaftshilfe“, so der Projektträger, dank derer aktuell 82 Personen trotz teils hohen Unterstützungsbedarfs eine Heimat in der örtlichen Gemeinde finden (www.dwb.de).

Auf Beschluss des Stiftungsbeirates war der Förderpreis der Stiftung im Jahr 2013 erstmals mit 2500 Euro ausgestattet. In diesem Jahr wird der Preis geteilt und geht zu gleichen Teilen an die beiden Projekte. Die feierliche Übergabe findet jeweils am Ort der Projektträger am 19. Oktober und am 6. November 2013 statt.

Weitere Aktivitäten der Stiftung

Am 9. Oktober 2012 gab es aus Anlass des Internationalen Tages der Seelischen Gesundheit in Essen eine Veranstaltung im Filmstudio Glückauf. Die Stiftung „Gemeinsam Handeln“, die Dorothea-Buck-Stiftung, die Stiftung für Soziale Psychiatrie sowie der Fachbereich Sozialpsychiatrie des Paritätischen Landesverbandes NRW zeigten in Anwesenheit der Regisseurin Alexandra Pohlmeier den Film „Himmel und mehr – Dorothea Buck auf der Spur“. Auch stellten die Stiftungen ihre Arbeit vor.

Auf der DGSP-Jahrestagung 2012 in Mönchengladbach nahm ich an

einem Info-Tisch rund 350 Euro Spenden ein; mit einem weiteren Stand beim Fachtag zu den Themen Zwang und Gewalt am 23. Mai 2013 in Frankfurt konnte ich immerhin DGSP-Mitglieder über die Stiftung informieren. Auch zur Jahrestagung in Erfurt wird es einen Info-Tisch geben. Zusätzlich wird Ingo Ulzhöfer eine Powerpoint-Präsentation zur Werbung erstellen.

Vorläufiger Finanzbericht

Ein Abschlussbericht über die finanzielle Entwicklung der Stiftung wird vom Paritätischen Stifterverband erstellt, er liegt noch nicht vor. Ich habe mir von der Finanzabteilung des Paritätischen eine Summen- und Saldenliste erbeten. Danach verfügt die Stiftung für Soziale Psychiatrie über ein

- Stiftungskapital von 55 788,86 Euro
- davon sind angelegt in Sonstige Wertpapiere 51 552,30 Euro
- als ordentliches Ergebnis verbucht sind 11 926,68 Euro,
- davon werden abgezogen als Aufwandsentschädigung für den Paritätischen 487,11 Euro
- bleibt ein Betrag von 11 439,57 Euro
- Zinsertrag in 2012: 1794,00 Euro
- Spenden in 2012: 3412,00 Euro

Ausgaben im Jahr 2013 (grob gerechnet)

- Ausgaben für die Veranstaltung am 3. Mai 2013, Europäischer Protesttag in Mannheim, 4626,00 Euro

Zuschuss für den 3. Mai 2013

Von der Aktion Mensch bewilligt 3850,00 Euro

- Restbetrag 776,00 Euro

Ausgaben im laufenden Jahr (geschätzt)

- Förderpreis der Stiftung 2500,00 Euro
- Preisverleihung und sonstige Kosten 4000,00 Euro
- Geschätzte Ausgaben im laufenden Jahr 7000,00 Euro

Der für die Stiftung verfügbare Betrag von 11 439, 00 Euro wird mit ca. 7000,00 Euro belastet, so dass ein Betrag von 4439, 57 Euro auf dem laufenden Konto der Stiftung verbleibt, jedoch ist dieser Betrag nicht verfügbar, weil die DGSP noch Forderungen an die Stiftung geltend machen muss.

Christian Nieraese

Geschäftsführer der Stiftung

„Soziale Psychiatrie“ – Mitglieder- rundbrief der Deutschen Gesell- schaft für Soziale Psychiatrie

„Soziale Psychiatrie“ erscheint weiterhin vierteljährlich und ist – auch über die Grenzen der DGSP hinaus – eine beliebte und anerkannte Fachzeitschrift für Sozialpsychiatrie. Neben den DGSP-Mitgliedern, für die der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, gibt es ca. 750 Einzel- und Austauschabonnenten.

Der alterproben, ehrenamtlich arbeitenden Redaktion gehörten seit unserem letzten Bericht 2010 weiterhin an: Jens Clausen (Münster), Astrid Delcamp (Berlin), Ilse Eichenbrenner (Berlin), Thomas Müller (Leipzig), Martin Osinski (Neuruppin), Josef Schädle (Offenbach), Brigitte Siebrasse (Bielefeld), Christian Zechert (Bielefeld). Und: Margit Weichold, Mitarbeiterin der DGSP-Geschäftsstelle, die uns seit 2008 beim Schriftverkehr mit Autoren und Verlagen unterstützt und eigene Beiträge schreibt, ist nun ebenfalls Redaktionsmitglied.

Zu unserem Bedauern sind Josef Schädle und Jens Clausen 2012 und 2013 aus der Redaktion ausgeschieden. Beide waren über 25 Jahre mit großem Engagement dabei und haben entscheidend zur Entwicklung der „Sozialen Psychiatrie“ beigetragen.

Herzlichen Dank Euch beiden!

Für die Redaktionsleitung, Koordination und Herstellung ist Michaela Hoffmann in der DGSP-Geschäftsstelle verantwortlich. Die Redaktionssitzungen finden viermal jährlich an den unterschiedlichen Wohnorten der Redaktionsmitglieder statt. Dort werden die Themenschwerpunkte geplant, Manuskripte beurteilt und potenzielle Autoren ausfindig gemacht. Im Zeitraum Januar 2011 bis Oktober 2013 erschien „Soziale Psychiatrie“ mit folgenden Themenschwerpunkten:

- | | | |
|------|----------------|---|
| 2011 | Heft 1/Nr. 131 | Soziale Psychiatrie – DGSP wird 40 |
| | Heft 2/Nr. 132 | DGSP-Jahrestagung 2010 |
| | Heft 3/Nr. 133 | Begegnungen |
| | Heft 4/Nr. 134 | Herbstmix (Postpsychiatrie/
Zwangsbehandlung) |
| 2012 | Heft 1/Nr. 135 | Der virtuelle (T)raum |
| | Heft 2/Nr. 136 | Alt werden – aber wie?
(Jahrestagung 2011) |
| | Heft 3/Nr. 137 | eXistenz – Ethik und Psychiatrie |
| | Heft 4/Nr. 138 | Herbstmix (Freiheit zur Krankheit/
Zwangsmedikation/Italien) |
| 2013 | Heft 1/Nr. 139 | Wenn's hilft – Alternative Heilmethoden |
| | Heft 2/Nr. 140 | Morgen ist heute schon gestern
(Jahrestagung 2012) |
| | Heft 3/Nr. 141 | kunst-voll outsider & art |
| | Heft 4/Nr. 142 | Herbstmix (Zwang und Gewalt/EX-IN/
Angehörige und Dialog/Borderline) |

Neben angefragten Artikeln zu Themenschwerpunkten erreichen uns viele Texte auch unaufgefordert. Auch wenn wir nicht alle Einsendungen veröffentlichen können, freuen wir uns über Beiträge und Leserbriefe. Fotos, Zeichnungen und Bilder sind immer willkommen. Unterstützen können Sie uns auch durch eine Stellenanzeige in der „Sozialen Psychiatrie“. Seit Juli 2013 erscheint die „Soziale Psychiatrie“ übrigens in farbigem Outfit.

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren und bei unserer interessierten Leserschaft!

Für die Redaktion:

Michaela Hoffmann

Zeltinger Str. 9

50969 Köln

Tel.: (02 21) 51 10 02

Fax: (02 21) 52 99 03

E-Mail: michaela.hoffmann@dgsp-ev.de

Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)

Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung

In dem 2004 gegründeten Fachausschuss Arbeit sind derzeit rund 15 Interessierte tätig. In den vergangenen Jahren haben sich immer wieder neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefunden, die den Kreis erweitert oder ausscheidende Mitglieder ersetzt haben. Die zwei bis drei Mal im Jahr terminierten Sitzungen finden an wechselnden Orten und in Institutionen oder Einrichtungen der Bereiche Arbeit oder berufliche Rehabilitation statt, die nach Möglichkeit zugleich einen Bezug zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Fachausschusses haben sollten.

In den Sitzungen

- gibt es einen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Vorstellung der gastgebenden Einrichtung,

- werden aktuelle Themenkomplexe rund um das Thema Arbeit erörtert,

- werden gegebenenfalls politische Forderungen formuliert,

- soll der DGSP-Vorstand bezogen auf die Themen Arbeit und Beschäftigung unterstützt werden,

- sollen praxisnahe Handreichungen, zum Beispiel zum Thema Zuverdienst, erarbeitet werden,

- wird alle zwei Jahre ein Fachtag zum Thema Arbeit organisiert.

Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit, sich in den aktuellen Mail-Verteilern aufnehmen zu lassen und auf diesem Wege Mitglied des Fachausschusses zu werden.

In den Jahren 2011 und 2012 hat sich der Fachausschuss in folgenden Einrichtungen getroffen und diese gleichzeitig kennen gelernt: Netzwerk Bergedorf und tohus gGmbH, Hotel Begardenhof (Alexianer), Füngeling Router Köln, IWL-Werkstätten in München. Der zweite Fachtag des Fachausschusses mit dem Titel „Arbeit für alle“ fand im Hospitalhof in Stuttgart am 11. Februar 2011 mit rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Inhaltliche Schwerpunkte in 2011/2012 waren:

- die Vor- und Nachbereitung der Fachtage,

- die Weiterarbeit an den „Qualitätskriterien für die Werkstatt für psychisch behinderte Menschen“,

- die Arbeit an einem Positionspapier zum Thema „Zuverdienst“,

- immer wieder das Thema der sozialpolitischen Entwicklung im

Bereich Arbeit und Beschäftigung.

Mit Unterstützung des Gesundheitsamtes Dortmund fand am 6. Februar 2013 im Dortmunder Dietrich-Keuning-Haus der dritte Fachtag des Fachausschusses Arbeit und Beschäftigung unter der Überschrift „Arbeit ist ein Teilhaberecht“ statt.

Im Sprecherkreis des Fachausschusses arbeiten Hans-Jürgen Wittek, Marc Fesca und Friederike Steier-Mecklenburg.

Für den FA Arbeit und Beschäftigung:

Friederike Steier-Mecklenburg

Kontakt:

Friederike Steier-Mecklenburg (Sprecherin)

BTZ Köln

Vogelsanger Str. 193

50825 Köln

Tel.: (02 21) 95 44 00 20

E-Mail: fstm@btz-koeln.de

Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)

Die DGSP hält nach wie vor ein breit gefächertes Angebot an sozialpsychiatrischen Fortbildungsmöglichkeiten bereit. Vielzahl und Vielfalt des Angebots bedürfen der Koordination und fachlichen Begleitung. Der erweiterte Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) nimmt diese anspruchsvolle und verantwortliche Aufgabe wahr. Die Treffen der beteiligten KollegInnen finden zweimal jährlich statt. In dem Gremium arbeiten Vertreter und Vertreterinnen der einzelnen DGSP-Weiterbildungen mit und repräsentieren so die aktuellen Bildungsschwerpunkte der DGSP:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung regional
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung im Bausteinsystem
- Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen
- Qualifizierung Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Q-FAB)
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
- Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern
- Trialogische Beratungskompetenz
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen

Die Einführung eines Qualitätssicherungssystems für den Weiterbildungsbereich der DGSP steht weiterhin im Zentrum der AFW-Arbeit. Hierbei gilt es, die unterschiedlichen Regelungen und Verfahren in den organisatorischen Abläufen sowohl in den Kursen als auch in der Geschäftsstelle normgerecht zu vereinheitlichen. Daneben stellt der regelmäßige Austausch über Entwicklungsstand und Verlauf der Fortbildungen einen festen Bestandteil der Arbeit dar. Darüber hinaus befasst sich das Gremium mit der Frage, welche Fortbildungsbedarfe der aktuelle Entwicklungsstand der Psychiatrie nach sich zieht beziehungsweise welche Fortbildungsangebote notwendig und geeignet sind, eine Entwicklung der psychiatrischen Landschaft im Sinne einer sozialpsychiatrischen Prägung zu befördern. Die Ergebnisse dieser fachlichen Debatte fließen in die konzeptionelle Fortentwicklung der Weiterbildungen ein.

Zu den Weiterbildungsangeboten im Einzelnen:

■ Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Norddeutschland

In den Regionen Hamburg – hier zwei Kurse – und Lüneburg wird die SPZA erfolgreich angeboten und durchgeführt. Im Zeitraum von 2010 bis 2013 haben an den SPZA-Kursen 83 MitarbeiterInnen aus dem psychiatrischen und psychosozialen Feld teilgenommen oder befinden sich noch in laufenden Kursen. Die Kurse enden mit einer Abschlussarbeit, einer Präsentation sowie einem Fachgespräch und führen bei Erfolg zu einem differenzierten Abschlusszertifikat. Die aktuellen Kurse werden geleitet von Marlene Stierl, Emelie Martin-Schur, Gudula Lühle, Hans-Jürgen Nötzel und Jens Görgens.

■ Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Berlin

Nach längerer Pause hat im Januar 2012 ein neuer Kurs der SPZA in Berlin begonnen. An diesem Kurs nehmen 17 KollegInnen unter der Leitung von Dr. Torsten Flögel und David Wegmüller teil.

■ Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) im Bausteinsystem

Dieses Weiterbildungsangebot wird nur in Frankfurt a. M. angeboten. Der Kurs gliedert sich in Grund- und Aufbaukurs (Dauer jeweils 18 Monate) und wird in Blockveranstaltungen, mit Unterstützung von Lehrbriefen und Hausarbeiten und durch die Teilnahme an ausgewählten sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen, durchgeführt. Im März 2010 startete der dritte Grundkurs der SPZA im Bausteinsystem. Der anschließende Aufbaukurs endete im März dieses Jah-

res mit einer beeindruckenden Abschlusspräsentation durch die Teilnehmenden. Dieser Kurs wurde von Hilde Schädle-Deiningner geleitet.

■ Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen

Der im Februar 2011 mit 13 Teilnehmenden gestartete vierte Zyklus dieser Weiterbildung endete im April dieses Jahres erfolgreich. Im Rahmen der Weiterbildung werden Wege aufgezeigt, wie die Forderung nach einer Veränderung der Heime in die Praxis umgesetzt werden kann. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden hier qualifiziert darauf vorbereitet, in ihrer Region Hilfen zu entwickeln und umzusetzen, die dem persönlichen Hilfebedarf der Klienten im Lebensbereich Wohnen entsprechen. Die Kurse wurden bisher von Yvonne Buss und Joachim Speicher mit Unterstützung von Fremdozenten geleitet. Ein Fachbeirat aus Praktikern begleitete die Weiterbildung.

■ Qualifizierung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Q-FAB)

Dieses Bildungsangebot wird in Kooperation mit dem BTZ Köln gGmbH in Köln unterbreitet. Es zielt darauf ab, den Fachkräften in Werkstätten sozialpsychiatrisches Know-how zu vermitteln, damit ihnen eine optimale Förderung psychisch behinderter Menschen im Rahmen der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Die Weiterbildung bereitet auf einen staatlich geprüften und anerkannten Abschluss vor. Im November eines jeden Jahres startet ein neuer Kurs. Im Berichtszeitraum haben insgesamt 102 Teilnehmende die Weiterbildung besucht oder befinden sich in den laufenden Kursen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden von Friederike Steier-Mecklenburg, Ulrike Siepelmeyer-Müller, Ingrid Stumpf, Christian Gredig und Kai Wingert als Kursleiter und Kursleiterinnen betreut. Ein Beirat, bestehend aus Experten und Expertinnen aus den Bereichen Werkstatt und Wissenschaft, begleitet die Weiterbildung.

■ Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter

Diese einjährige Fortbildung wurde bisher in Köln, Lüneburg, München und Berlin angeboten. Aktuell finden Kurse in Köln und Lüneburg statt. Für den Lüneburger Kurs kooperieren wir dabei mit der Psychiatrischen Klinik Lüneburg und dem Klinikum Wunstorf. Die Fortbildung soll Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemeindepsychiatrischer Versorgungsangebote im Umgang mit und in der Begleitung von psychisch kranken Straftätern befähigen. Kursleiter sind Dr. Friedhelm Schmidt-Quernheim und Frank Löhr. Fachreferenten und -referentinnen werden zu spezifischen Fragestellungen hinzugezogen. In dem Berichtszeitraum haben 122 Kolleginnen und Kollegen an der Weiterbildung teilgenommen oder nehmen an laufenden Kursen teil.

■ Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern

Der dritte Kurs dieser Weiterbildung startete im Juni 2010 mit zwölf Teilnehmern und Teilnehmerinnen unter der Leitung von Martin Urban in Fulda. Mitglieder des FA Psychotherapie, der auch für das Konzept verantwortlich zeichnet, sind hier als Referentinnen tätig, ebenso Angehörige und psychiatrienerfahrene Menschen. Ein Folgekurs startete unter der Leitung von Ute Merkel mit 17 Teilnehmenden in Bielefeld.

■ Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen

Die sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen bieten jährlich ca. 65 Seminare von ein- bis dreitägiger Dauer mit einem breiten sozialpsychiatrischen Themenspektrum bundesweit an 15 verschiedenen Orten an. Die hohe Zahl der Teilnehmenden – jährlich rund 1000 Personen – bestätigt die Qualität und Aktualität des Programms.

■ **Trialogische Beratungskompetenz**

Dieses neueste Weiterbildungsangebot der DGSP richtet sich an psychiatrienerfahrene Menschen und deren Angehörige. Die Unterstützung von Betroffenen durch Betroffene und deren positive Auswirkungen sollten zukünftig im Sinne des sozialen Miteinanders selbstverständlich werden. Menschen mit Psychiatrieerfahrung aus eigener Betroffenheit können anderen Menschen in einer vergleichbaren Lage hilfreich zur Seite stehen, Unterstützung anbieten und das Hilfsangebot vervollständigen. Zu dem Erfahrungswissen und eigenen Erleben ist es für die Arbeit in der Beratung durch Erfahrene hilfreich, einige Hilfsinstrumente zur Verfügung zu haben. Sie sollten sich mit möglichen Fragestellungen und Grenzen auseinandersetzen, um vor Ort eine entsprechende Arbeit zu leisten. Hierzu bietet die Weiterbildung ein entsprechendes fachlich geleitetes Forum an. Die Leitung der Gruppe mit 17 Teilnehmern und Teilnehmerinnen nehmen Hilde Schädle-Deiningner und Klaus Laupichler wahr. Dieses Angebot umfasst 16 Unterrichtseinheiten, findet in Frankfurt am Main statt und wird durch den DGSP-Landesverband Hessen sowie die Aktion Mensch finanziell gefördert.

Nach langjähriger Tätigkeit als Sprecherin des AFW hat Hiltrud Kruckenberg das Amt im Dezember 2012 an Marlene Stierl übergeben. Wir danken Hille für die vielen Jahre der Unterstützung und wünschen Marlene in dem neuen Amt viel Erfolg!

*Für den AFW:
Richard Suhre
DGSP-Geschäftsführung*

Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien/Familienpflege (BWF)

Der Fachausschuss (FA) ist ein Gremium von Fachleuten aus der Bundesrepublik, das aber gute Kontakte ins deutschsprachige Ausland pflegt. Aktuell sind 25 Regionalbeauftragte aus derzeit zehn Bundesländern vertreten. Dazu kommen ein Vertreter aus der Schweiz und eine Kollegin aus Österreich. Mehrheitlich sind dies VertreterInnen aus dem Bereich Psychiatrie; drei Kollegen repräsentieren das BWF für Menschen mit geistiger Behinderung. Es finden drei Arbeitstreffen pro Jahr statt, davon eine Zusammenkunft auf der jährlichen Tagung, die 2013 zum ersten Mal eine Einrichtung mit dem Schwerpunkt Menschen mit geistiger Behinderung, die Stiftung Liebenau bei Ravensburg in Oberschwaben, organisiert. Die Homepage des BWF wird von Richard Schießl aus Regensburg verwaltet und bietet einen sehr guten Überblick über das Thema (www.bwf-info.de). Ein weiterer wichtiger Baustein der Öffentlichkeitsarbeit ist das Periodikum „BWF aktuell“, das Jo Becker aus Wesel herausbringt und kostenlos deutschlandweit versendet!

Das Ausscheiden unserer wichtigen Mitstreiterin Monika Bachmeier aus Stuttgart bedeutet einen herben Verlust für das BWF. Auch an dieser Stelle ein großer Dank für den tollen Einsatz für das BWF. Eine Nachfolgerin für die Moderation der Arbeitsgruppe „Mutter und Kind“ wird noch gesucht.

Der Fachausschuss hat für die „DENK-an-STÖBE“ einen Beitrag verfasst. Darüber hinaus wurde eine Handreichung für die Teams zum Umgang mit dem Barbetrag der BewohnerInnen erstellt.

Dauerthemen im Fachausschuss sind:

- die Vorbereitung der jährlichen Tagung
- weiterer bundesweiter Ausbau des BWF
- Beratung bzw. Vermittlung eines Coachings für neue Teams
- Klärung von Fachfragen
- fachliche Stellungnahme gegenüber Leistungsträgern, Öffentlichkeitsarbeit

*Für den Fachausschuss:
Reinhold Eisenhut*

*Kontakt:
Reinhold Eisenhut
Gustav-Wagner-Straße 7
72760 Reutlingen
Tel.: (0 71 21) 34 53 99-4
E-Mail: bwf-rt@vsp-net.de*

Fachausschuss Forschung

Seit 2010 existiert ein bundesweites sozialpsychiatrisches DoktorandInnenkolloquium als neues Projekt des FA Forschung in Kooperation mit der Klinik für Psychiatrie der Charité am Campus Mitte der Humboldt-Universität und verschiedenen Hochschulen (Hochschule Fulda, Alice Salomon Hochschule, Ev. Hochschule Ludwigsburg). Das Konzept sieht vor, Promovenden unterschiedlicher Fachrichtungen (Soziale Arbeit, Pflege, Psychologie, Medizin, Soziologie etc.) miteinzubeziehen, die ein Thema aus einem sozialpsychiatrischen Themenfeld bearbeiten. Ziel des Kolloquiums ist die Vernetzung der Promovenden, ihre fachspezifische und methodische Beratung, die Bereitstellung eines Forums zur Diskussion und letztlich die Förderung sozialpsychiatrischer Forschung.

Das Kolloquium findet zweimal jährlich statt; bis jetzt gab es insgesamt sechs Treffen. Über 20 Promovenden haben in dieser Zeit ein- oder mehrmals an dem Kolloquium teilgenommen. Die Promotionsvorhaben befinden sich in unterschiedlichen Stadien der Arbeit:

Einige Teilnehmer sind bei der ersten Orientierung und Themensuche, andere stehen kurz vor Abschluss ihrer Arbeit.

Zu dem kontinuierlichen Expertenkreis gehören Prof. Ernst von Kardorff (Institut für Rehabilitationswissenschaften der HU Berlin), Prof. Petra Gromann (Hochschule Fulda), Prof. Heike Dech (Alice Salomon Hochschule Berlin), Dr. Silvia Krumm (Hochschule Ulm; Preisträgerin des sozialpsychiatrischen Forschungspreises 2012), weitere Mitglieder des FA Forschung und bis 2012 auch Prof. Heiko Waller von der damaligen Fachhochschule Nordostniedersachsen. Gegenwärtig wird das Konzept überarbeitet, um die Teilnahme an dem Kolloquium stärker zu strukturieren und bestimmte Abläufe festzulegen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des FA Forschung liegt auch weiterhin in der Ausschreibung, Organisation und Durchführung des sozialpsychiatrischen Forschungspreises und des Nachwuchspreises. Letzterer ist erstmalig bei der Ausschreibung der Preise 2012 realisiert worden und ersetzt nun den vorherigen Posterpreis, der keine befriedigende Resonanz gefunden hat. Bewerben können sich für den Nachwuchspreis junge ForscherInnen mit ihrer Projekt-, Bachelor-, Master- oder Diplomarbeit. Der Forschungspreis 2012 wurde geteilt und an zwei Autorinnen vergeben: Die Diplom-Psychologin Kristin Klapheck, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, ist stellvertretend für die Forschungsgruppe SuSi um Thomas Bock mit Arbeiten zum Thema „Das Hamburger SuSi-Projekt: Ein triologisches Forschungsprojekt zur Erfassung von subjektiven Erleben und Sinnkonstruktion bei Psychosen“ ausgezeichnet worden. Ein weiterer Preis ging an Dr. Friederike Schmidt für ihre Dissertation an der Freien Universität Berlin mit dem Titel „Nutzen und Risiken psychoedukativer Interventionen für die Krankheitsbewältigung bei schizophrenen Erkrankungen“. Der Nachwuchspreis ging an Anja Kohlen für ihre Arbeit „Was bringen arbeitstherapeutische und tagesstrukturierende Maßnahmen für psychisch kranke Menschen? – Eine empirische Studie mit Klienten und professionellen Helfern“. Alle prämierten und nominierten Arbeiten werden regelmäßig im Forschungsforum auf der DGSP-Jahrestagung vorgestellt und diskutiert. Das Forschungsforum findet immer gute Resonanz bei den Tagungsteilnehmern. Im Berichtszeitraum ist es gelungen, neue Mitglieder für den Fachausschuss Forschung zu gewinnen. Mit dabei sind nun der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie Dr. Sebastian von Peter, Diplom-Psychologin Jasna Russo und Dr. Susanne Schoppmann. Damit sind nun auch die Bereiche psychiatrische Pflege und nutzerbasierte Forschung vertreten.

*Für den Fachausschuss:
Dr. Karin-Maria Hoffmann*

*Kontakt:
Dr. Karin-Maria Hoffmann
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
Charité (Campus Mitte)
Charitéplatz 1
10117 Berlin
Tel.: (0 30) 4 50 51 70 25
Fax: (0 30) 4 50 51 79 44
E-Mail: karin-maria.hoffmann@charite.de*

Fachausschuss Gerontopsychiatrie

Die demographische Entwicklung macht auch vor der psychiatrischen Landschaft nicht halt, so dass die Soziale Psychiatrie Gefahr läuft, sukzessive zu einem Teilaspekt der Gerontopsychiatrie zu mutieren, statt wie bisher umgekehrt. Umso notwendiger war es daher, einen Fachausschuss zu gründen, um sich dieser komplexen Zielgruppe intensiver widmen zu können. Nichts lag daher näher, als die Gründung des Fachausschusses Gerontopsychiatrie auf der Jahrestagung „Alt werden – aber wie?“ im November 2011 in Ravensburg-Weissenau offiziell anzukündigen. Daraufhin kamen im März 2012 zwölf interessierte Kolleginnen und Kollegen zum konstituierenden Treffen in Stuttgart zusammen und nahmen ihre Arbeit auf. Die Gründungsmitglieder kommen in erster Linie aus dem süddeutschen Raum und bieten ein sehr heterogenes Spektrum von Berufsbildern (Psychiater, Sozialarbeiter, Psychologen, Pflegekräfte, Berufsbetreuer etc.). Geplant sind künftig zwei Termine im Jahr, örtlich wechselnd in den Institutionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, um zum einen Überblick über die Versorgung dort zu erhalten und zum anderen den Fachausschuss weiter bekannt zu machen.

■ Nach dem konstituierenden Treffen traf sich die Gruppe zum zweiten Mal im September 2012 in Gütersloh. Dort präsentierten lokale Experten die Versorgungslandschaft des Kreises Gütersloh. Außerdem besichtigte der FA das LWL-Klinikum und das Zentrum für Altersmedizin sowie die Einrichtungen des Vereins Daheim e.V.

■ Im November 2012 präsentierte sich der Fachausschuss auf der DGSP-Jahrestagung „Morgen ist heute gestern ...“ in Mönchengladbach erstmalig in Zusammenarbeit mit Mental Health Europe (MHE). Mit Christa Widmaier-Berthold (Delegierte der DGSP bei MHE) moderierten wir ein Forum zum Thema „Gerontopsychiatrie – die Notwendigkeiten der Weiterentwicklung“, in dem die ExpertInnen Dr. Pirjo Juhela aus Finnland und Dr. Bernd Meißner (Chefarzt Abt. Gerontopsychiatrie, LWL-Klinikum Gütersloh) referierten.

■ Im März 2013 fand sich die Gruppe bei Kollegen in Memmingen ein. Dort lag der Schwerpunkt auf der Diagnostik in der Gerontopsychiatrie. Inhaltliche Inputs zur Diskussionsgrundlage lieferten wieder zwei lokale Experten: Stefan Vogt, Psychiatriefachpflegekraft, Vorsitzender von „Familiengesundheit 21 e.V.“ (Träger einer Demenz-WG und der Ehrenamtlichen Demenzhilfe Allgäu), und Dr. Raimund Steber, stellvertretender ärztlicher Direktor des BKH Memmingen sowie als Oberarzt zuständig für die Gerontopsychiatrie, der gleichzeitig Vorsitzender des AK Gerontopsychiatrie des GPV ist. Beide konnten sowohl über die Verhältnisse vor Ort und ihre speziellen Projekte als auch über das Thema Diagnostik aus der Perspektive der jeweiligen Berufsgruppe bzw. des jeweiligen Aufgabenkreises sprechen.

Folgende Sammlung inhaltlicher Themen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den bisherigen Treffen erarbeitet und wollen sie künftig vertiefen:

- Alt gewordene Menschen mit chronischer Erkrankung/Behinderung
- Sucht bei alten Menschen
- Demenz im Krankenhaus
- Depression/Psychotherapie bei alten Menschen
- Zwangsbehandlung und Alternativen
- Einsatz von Psychopharmaka
- Migration und Gerontopsychiatrie
- Partizipation und Teilhabe

Ziele innerhalb der DGSP sollen sein:

- Vernetzung mit FA Menschen in Heimen, Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie AK Pflege
- Regelmäßige Vorstellung/Präsentation interessanter Versor-

gungsprojekte, zum Beispiel in der „Sozialen Psychiatrie“

- Wissens- und Expertenplattform; Sammelbecken für Information und Wissen sowie Innovationen und Ideen
- Weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit Mental Health Europe, um den Blick in die Nachbarländer weiter zu stärken und Vernetzung voranzutreiben

Ziele über die DGSP hinaus:

- Entwicklung von Positionspapieren und Stellungnahmen, auch zur Unterstützung kommunaler Entwicklungen
- Notwendigkeiten für Weiterentwicklungen aufzeigen, auf Defizite von Versorgungsangeboten aufmerksam machen und Lösungsvorschläge erarbeiten
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch für gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen
- Unterstützung von „ambulant vor stationär“ in allen Aspekten
- Ansprechpartner für Expertenforen
- Arbeits- und Beschäftigungsangebote für ältere Menschen entwickeln
- Unterstützung der in den unterschiedlichen Versorgungsstrukturen Tätige (Pflege, Ärzte, Therapeuten)

Der Fachausschuss freut sich über interessierte Kolleginnen und Kollegen, die motiviert sind, die Versorgung im ambulanten und stationären Sektor für Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen näher zu beleuchten und Bedarf, Bestand und Bedürfnisse der Zielgruppe ernsthaft zu thematisieren. Sehr gerne nehmen wir daher noch Interessierte in unseren Verteiler auf!

Für den Fachausschuss:
Cornelia Lentl

Kontakt:
Cornelia Lentl
Blumenstr. 52
73728 Esslingen
Tel.: (01 62) 4 22 22 16
E-Mail: Lentl@gmx.de

Fachausschuss Kinder und Jugendliche

Die Aktivitäten des Fachausschusses Kinder und Jugendliche waren im Wesentlichen geprägt durch die immer weiter zunehmende medizinische Behandlung von Kindern und Jugendlichen, die auffälliges Verhalten im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit zeigen. Insbesondere der dabei deutlich ansteigende Einsatz von Psychopharmaka zur Verhaltensanpassung ist zu kritisieren. Vielfach werden Medikamente im „off-label use“ eingesetzt, also Medikamente genutzt, die für die Behandlung von Kindern und Jugendliche nicht zugelassen sind. Um auf diese unhaltbare Situation aufmerksam zu machen, richtete der Fachausschuss gemeinsam mit der Hamburger „Patriotischen Gesellschaft von 1765“ und mit Unterstützung durch den Berliner Landesverband der DGSP im Februar 2012 ein Expertenhearing in Hamburg aus. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage für das Positionspapier „Eine Generation wird krankgeschrieben“, das bundesweit viel Beachtung fand. Vertreter des Fachausschusses sind auch beteiligt an der Veranstaltung „ADHS: Kindern, die aus dem Rahmen fallen, helfen! Ansätze und Perspektiven sinnvoller Hilfen“. Diese wird am 20. November 2013 in Kooperation mit der Rheinischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. und dem Landschaftsverband Rheinland in Köln stattfinden. Charlotte Köttgen nahm bei verschiedenen Interviews im Rundfunk und Fernsehen zu dem Positionspapier und zur Gesamtproblematik für die DGSP Stellung (z.B. Frontal 21, ZDF [13.8.2013]).

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war der Skandal um die geschlossene Jugendeinrichtung der Firma Haasenburg in Brandenburg. Taz, „Spiegel“, NDR und andere Medien berichteten ausführlich über die Missstände. Mitglieder des Ausschusses haben sich zusammen mit anderen Organisationen (Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung) für die Aufklärung der Missstände und für die Herausnahme der Jugendlichen aus diesen Heimen eingesetzt. Mittlerweile untersucht die Landesregierung Brandenburg die Einrichtungen. Mitarbeiter wurden entlassen, es gab einen vorläufigen Belegungsstopp.

Nachdem in Hamburg (2008) die in Verruf geratene Feuerbergs- trasse, so genannter Kinderknast, vom CDU/GAL-Senat aufgegeben wurde, hatten der mit absoluter Mehrheit regierende SPD-Senat wie auch andere Länder zunehmend mehr Kinder und Jugendliche über die Grenzen in die Haasenburg-Einrichtungen verlegt. Dazu gab es im Land Hamburg zahlreiche kritische Statements, Anfragen in der Bürgerschaft und Anhörungen. In Hamburg konnte man beobachten – nachdem zwanzig Jahre auf geschlossene Einrichtungen verzichtet worden war –, dass die Bereitschaft, Kinder geschlossen unterzubringen, abhängig ist von dem politischen Willen. Aus wahlkampfaktischen Erwägungen erscheint der Einsatz von Repressionen hoffähig, wobei Angst und Unkenntnis zur Manipulation der öffentlichen Meinung missbraucht werden.

Für den Fachausschuss:
Charlotte Köttgen

Kontakt:
Dr. med. Charlotte Köttgen
Torquiststr. 49
20259 Hamburg
Fax: (0 40) 4 01 45 39

Fachausschuss Menschen in Heimen

Der FA hat seine Arbeit fortgesetzt und vier Arbeitstreffen in Berlin, Bremen, Gelsenkirchen und Hamburg durchgeführt. Neben den schon bekannten Aktivitäten wie Austausch, Information, Kontaktherstellung zu Mitarbeitenden bei verschiedenen Trägern standen als Schwerpunkte zwei Projekte auf der Agenda:

- Das bis 2004 erarbeitete und 2005 veröffentlichte Eckpunktepapier war dringend überarbeitungs- und aktualisierungswürdig. Die Diskussion zeigte, dass einzelne Abschnitte inhaltlich überholt und neuere Entwicklungen noch nicht berücksichtigt waren. Daher entschloss sich der Fachausschuss, Positionen zu Fragen von Heimunterbringung mit den aktuellen Themen der Inklusion und der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu verknüpfen. Die daraus entstandene Broschüre „Eingliederungshilfe auf dem Weg zur Inklusion“ fand inner- wie außerhalb der DGSP eine große positive Resonanz.
- Das Thema „Geschlossene Unterbringung“ beschäftigt die Mitglieder des Fachausschusses bereits seit Jahren. Aus der fachlichen Diskussion über die Vermeidung geschlossener Unterbringungsmaßnahmen entwickelte sich ein zweiter Diskussionsstrang über die Umsetzung freiheitsentziehender Maßnahmen, wenn sie unvermeidlich sind. Dieser Prozess mündete in eine Fachtagung im März 2012, die gemeinsam unter anderem mit dem Betreuungsgerichtstag e.V. und dem Landschaftsverband Rheinland veranstaltet wurde. Ein weiteres Ergebnis war die Formulierung von fachlichen Standards für die Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen und deren Einbindung in das Versorgungssystem der Sozialpsychiatrie.
- Parallel erfolgt der Fachausschuss einen regen Austausch über die unterschiedliche Entwicklung der Länder-Heimgesetze und deren Konsequenzen für die Einrichtungen. Schließlich sind die

Themen der Abgrenzung von Eingliederungshilfe und Pflege sowie die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, die in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) diskutiert wurde, ein Dauerbrenner der Diskussion im Fachausschuss. Ohne dass es hier zu eindeutigen Entwicklungen gekommen wäre, erweist sich dies als für die Praxis außerordentlich relevant.

Die Mitglieder des FA sind in ihren jeweiligen Arbeitsstellen intensiv in verschiedene Projekte eingebunden. Dies verschafft zwar einerseits einen sehr genauen und guten Einblick in ganz unterschiedliche Themenbereiche; der damit verbundene hohe Arbeitsdruck hat aber weiteren Aktivitäten deutliche Grenzen gesetzt. So war die Zusammensetzung des FA erneut Veränderungen unterworfen, da einige langjährige MitstreiterInnen auf Grund persönlicher oder beruflicher Veränderungen ihre Mitarbeit beenden mussten. Erfreulicherweise konnten wir auch wieder neue Mitwirkende gewinnen, allerdings sucht der Fachausschuss vor allem noch Mitwirkende aus Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern.

*Für den Fachausschuss:
Wolfgang Bayer*

*Kontakt:
Wolfgang Bayer
c/o Stiftung Das Rauhe Haus
Stiftungsbereich Sozialpsychiatrie und Altenhilfe
Beim Rauhen Hause 21
22111 Hamburg
Tel.: (0 40) 6 55 91-1 17
E-Mail: wbayer@rauheshaus.de*

Arbeitskreis Pflege

Der seit 1979 bestehende Arbeitskreis Pflege trifft sich inzwischen drei- bis viermal im Jahr zu einem Arbeitswochenende. Bisher beschäftigte sich der Arbeitskreis mit Themenbereichen, die einen längeren Zeitraum eingenommen haben, griff immer wieder aber auch zeitnah aktuelle Themen auf. Wie bereits im erweiterten Vorstand angesprochen, scheinen zweitägige Treffen zur kontinuierlichen Erarbeitung von Themen für viele jüngere Mitglieder nicht mehr passend zu sein. Wir suchen deshalb nach Alternativen, etwa mit zeitlich begrenzten Treffen bei Tagungen oder ein projektbezogenes Arbeiten sowie Ideensammlungen und Grobabstimmungen per Internet. Im Laufe dieses Jahres wollen wir auf einer Sitzung unterschiedliche Möglichkeiten ansprechen. Der „Kern“ des Arbeitskreises will bis dahin eine Broschüre erarbeiten, in welcher der Stand der Diskussion in der „psychiatrischen Pflegelandschaft“ und vor allem in der DGSP abgebildet und dargestellt ist. Dazu werden auch die bisherigen Veröffentlichungen des Arbeitskreises herangezogen und überprüft. Außerdem steht zur Diskussion, wie Kooperationen und die Koordination mit anderen psychiatrischen Pflegeverbänden künftig aussehen sollen. Wir wollen weiterhin das Ziel verfolgen, neue und alte Themen und Fragen der psychiatrischen Pflege, Versorgung und Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen aufzugreifen und im Sinne von Betroffenen und deren Angehörigen weiterzuentwickeln. Jedoch soll diese Arbeit an den zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen der pflegerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der DGSP neu ausgerichtet werden. In den vergangenen zwei Jahren waren die zentralen Themen und Aktivitäten:

■ Die Struktur des Arbeitskreises: Eine Diskussion über die weitere Struktur des Arbeitskreises nahm viel Raum ein, da es sehr unterschiedliche Meinungen gab, die bis zu der Frage reichten, ob sich der Arbeitskreis auflösen und die anderen Verbände unterstützen sollte. Das derzeitige Ergebnis ist oben beschrieben.

■ Akademisierung und Bildungsdurchlässigkeit der Pflege: Der Fachausschuss diskutierte über unterschiedliche Ansätze und Sonderwege der Pflege. Es gilt abzuwägen, was die bisherigen Sonderregelungen der Entwicklung der Pflege gebracht haben und wo die Pflege in Deutschland im internationalen Vergleich steht. An welcher Stelle können möglicherweise andersorts gemachte Fehler umgangen werden?

■ Das „neue Entgeltsystem“: Das neue Entgeltsystem in der stationären Versorgung, aber auch die nicht nur finanziellen Veränderungen im komplementären und ambulanten Bereich waren wichtige Themen. Mitglieder des Arbeitskreises nahmen an unterschiedlichen Veranstaltungen von anderen Organisationen teil, um nicht immer nur das „Machbare und die Anpassung“ zu vertreten und sichtbar zu machen, sondern auch Aspekte, die nicht gemessen werden können und die gleichberechtigt beachtet werden müssen. Dabei ist aufgefallen, wie viele Aspekte aus früheren Broschüren des Arbeitskreises verwendet werden können, gerade wenn es um Haltung, Kontinuität, Beziehungsgestaltung usw. geht. Hier spielte auch eine zentrale Rolle in der Diskussion, wie sich Bewegungen der Beteiligung von Betroffenen und Angehörigen mit „nur mehr Wirtschaftlichkeit“ vereinbaren lassen.

■ Für die Stellungnahme des Vorstandes zum „Beteiligungsverfahren § 17 Abs. 1a S. 7 SGB XI zur Pflege-Transparenzvereinbarung stationär“ über den GKV-Spitzenverband, Referat Pflegeversicherung, hat der AK Grundlagen geliefert.

■ Kontakte zu anderen Verbänden bestehen hauptsächlich zur Bundesinitiative ambulanter psychiatrischer Pflege (BAPP), zur Bundesfachvereinigung leitender Pflegekräfte in der Psychiatrie (BFLK) und zur Deutschen Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege (DFPP) in unterschiedlicher Intensität und Regelmäßigkeit.

■ Der Arbeitskreis beteiligte sich an der Gestaltung einer Gedenkfeier für Hilde Steppe an der Fachhochschule Frankfurt im Dezember 2012. Themen waren: „Die Rolle der Gewerkschaft und die Entwicklung der Pflege“ (Herbert Weisbrod-Frey, Verdi Bundesverband) – „Ein Blick in die Entwicklungen der Pflegebildung“ (Hilde Schädle-Deininger, DGSP-AK Pflege) – „Entwicklungen der Pflege in den nächsten 20 Jahren“ (Yvonne Dintelmann und Michael Bremer, Arbeitskreis „Pflege der Zukunft“) – „Historische Weiterentwicklung der Gedanken von Hilde Steppe“ (Eva-Maria Ulmer, Professorin, Vizepräsidentin, Fachbereich 4 Soziale Arbeit und Gesundheit, Edgar Böhnisch und Birgit Seemann, Dokumentationsstelle/Hilde-Steppe-Archiv, Fachhochschule Frankfurt am Main). Auch alle anderen Referate haben ihre Inhalte der Sicht von Hilde Steppe ausgesetzt. Den Abschluss bildete eine Lesung der Schauspielerin Cornelia Riemann mit Texten Hilde Steppes.

■ Im kommenden Jahr 2014 wird der Arbeitskreis Pflege 35 Jahre alt: sicher ein Zeitpunkt, Dinge zu verändern, aber auch Altbewährtes zu erhalten. Etwa die Orientierung an Versorgungsstrukturen, die Begegnung auf Augenhöhe und vieles mehr, was sich in den „Denkanstößen“ der DGSP befindet.

*Für den Arbeitskreis:
Hilde Schädle-Deininger*

*Kontakt:
Hilde Schädle-Deininger
Sinnweg 35a
63071 Offenbach
Tel.: (0 69) 85 14 28*

Fachausschuss Psychopharmaka

Der im Frühjahr 2011 gegründete Fachausschuss Psychopharmaka überarbeitete die Erstauflage des Memorandums der DGSP zur Anwendung von Neuroleptika, das im Winter 2012 in der zweiten Auflage erschienen ist. Als nächstes Projekt hat sich der FA die Erstellung einer Broschüre zur Neuroleptika-Reduktion vorgenommen; die Arbeit macht gute Fortschritte. Durch Auftritte bei Tagungen und mit Beiträgen für sozialpsychiatrische Fachzeitschriften unterstützt der FA zusätzlich die Ziele der DGSP. Bereits seit der Gründung arbeitet dieser Fachausschuss, der sich rund dreimal im Jahr trifft, dialogisch; Angehörige und Betroffene sind hier vertreten. Auch Nichtmitglieder der DGSP haben sich beteiligt, das heißt, dieser Fachausschuss steht Interessenten jederzeit zur Mitarbeit offen.

Für den Fachausschuss:

Margret Osterfeld

Kontakt:

Margret Osterfeld

Tel.: (02 31) 33 04 96 69

E-Mail: osterfeld.mar@gmx.de

Fachausschuss Psychotherapie

Der Fachausschuss Psychotherapie, der sich drei bis vier Mal im Jahr trifft, hat derzeit ein Dutzend Mitglieder, acht von ihnen arbeiten aktiv mit. Neben aktuellen Themen aus der „Psychotherapielandschaft“ referieren in jeder Sitzung Mitglieder im Sinne von gegenseitiger Fortbildung, zum Beispiel zu neuen Forschungsergebnissen oder aus eigenen Erfahrungen. Derzeit liegen die Schwerpunkte auf den Themen Zwangsbehandlung, ADHS bei Erwachsenen, EX-IN, Schematherapie. Auch sind die Konsequenzen des neuen DMS-V Thema. Zudem ist der Fachausschuss Psychotherapie, hier vertreten von Clemens Firnenburg, bei der Ausarbeitung der S3-Leitlinien Schizophrenie beteiligt. Thomas Bock und Ute Merkel arbeiten im Dachverband deutschsprachiger Psychosenpsychotherapie (DDPP) als Beiratsmitglieder aktiv mit.

Bereits zum vierten Mal – und aktuell mit 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – findet der Kurs „Psychotherapeutische Grundhaltung“ statt. Der Fachausschuss hat dieses aus sieben Wochenend-Modulen bestehende Seminar entwickelt und stellt auch die Referenten. Weil einige Fachausschuss-Mitglieder aus unserer Arbeitsgruppe neue Aufgaben übernehmen mussten, verringerte sich die Zahl der Aktiven. Wir freuen uns deshalb über neue Mitstreiter.

Für den Fachausschuss:

Dr. Ute Merkel

Kontakt:

Dr. Ute Merkel

Markt 8

01662 Meißen

Tel.: (0 35 21) 40 67 97

E-Mail: praxismerkel@t-online.de

Fachausschuss Sucht

Der Fachausschuss Sucht hat seit 2006 gemeinsam mit der BAG Wohnungslosenhilfe, dem Betreuungsgerichtstag e.V., dem DBH e.V. – Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik – sowie dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit und jeweils örtlichen Kooperationspartnern vier Mal einen „Fachtage Sucht“ mit großem Erfolg ausgerichtet (in Köln, Stuttgart, Berlin, Leipzig). Im März/April 2014 soll die fünfte Tagung in Nürnberg stattfinden. Die Vorbereitungen laufen bereits. Dem Fachtage angeschlossen ist jeweils ein intensiver Workshop-Tag zur vertiefenden Darstellung und Erörterung der Themen. Im Vordergrund stehen dabei stets die Stärkung der an den Schnittstellen tätigen Kolleginnen und Kollegen, das Aufzeigen der Spannbreite zwischen Akzeptanz und Grenzen gegenüber Suchtmittel konsumierenden Betroffenen und die Möglichkeiten des Umgangs. Der Fachausschuss tagte zwei- bis dreimal jährlich an verschiedenen Orten mit in der Regel acht bis zehn Teilnehmern. Es gibt immer wieder Anfragen zur Mitarbeit von Interessierten; leider kommt nur selten eine Integration neuer KollegInnen zustande.

Aktuelle Themen und Fragestellungen

- **Sucht im Strafvollzug:** Diskutiert wird das Thema Übergangsmangement nach Entlassung aus dem Strafvollzug. Es gibt Modelle, zum Beispiel in NRW, die die Problematik aufgreifen und deren Erfolg unterschiedlich beurteilt wird. Es wurde überlegt, zur Fragestellung eine gemeinsame Tagung mit dem DBH (Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik) zu veranstalten.
- **Sucht in geschlossenen Institutionen:** Der Fachausschuss setzt sich mit der Frage der Zunahme chronisch Mehrfachabhängiger auseinander und diskutiert über den Umgang mit diesem Problem. Dabei stehen die Ökonomisierung und Effizienz der Versorgung in diesen Institutionen einem akzeptierenden und fördernden Umgang gegenüber. Was sind die Konsequenzen für eine Betreuung?
- **Suchtkrankenbehandlung im psychiatrischen Verbund – Stellenwert der Rehabilitation:** Die Versorgung Abhängiger verschiebt sich zunehmend weg von der traditionellen Rehabilitation hin zu sozialpsychiatrischen Verbänden. Psychiatrische Verbände bieten umfängliche Behandlungen an. Welchen Stellenwert hat die traditionelle Rehabilitation dabei? Und welche Konsequenzen ergeben sich für eine bedarfsgerechte Versorgung?

Für den Fachausschuss:

Thomas Bader

Kontakt:

Thomas Bader

Henriettenweg 2

72072 Tübingen

Tel.: (0 70 71) 6 46 98

(01 71) 9 91 58 27

Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)

DGSP Baden-Württemberg e.V. (DGSP-BW)

Im Dezember 2011 musste unser Vorstandsmitglied Michael Bratenstein aus persönlichen Gründen sein Amt im Vorstand niederlegen. Basierend auf der Vorstandswahl rückte Jürgen Bielech nach. Jürgen Bielech bereicherte bereits seit einigen Jahren den Landesvorstand mit seiner ehrenamtlichen Mitarbeit. Der aktuelle Vorstand der DGSP-BW setzt sich daher nun seit Dezember 2012 wie folgt zusammen: Monika Bachmeier (Stuttgart), Jürgen Bielech (Stuttgart), Dr. Klaus Obert (Stuttgart), Regina Trautmann (Ravensburg) und Friedrich Walburg (Stuttgart). Der gewählte Vorstand wird in seinen Sitzungen durch drei weitere aktive DGSP-Mitglieder regelmäßig unterstützt. Darüber hinaus konnten thematisch immer wieder Experten zu den Vorstandssitzungen eingeladen werden. Durch die Mitarbeit von drei Vorstandsmitgliedern in den DGSP-Fachausschüssen „Menschen in Heimen“ und „Betreutes Wohnen in Familien“ findet hierzu regelmäßig auch im LV intensiver inhaltlicher Austausch statt. Die Vorstandssitzungen finden in der Regel alle zwei bis drei Monate statt. In Karlsruhe und Mannheim existieren aktive Regionalgruppen, die sehr eigenständig arbeiten.

Aktivitäten seit 2010

- Oktober 2010: Fachtag „SpDi's im kontrollierten Sichtflug?“ – Aufgabe und Rolle der Sozialpsychiatrischen Dienste im Gemeindep psychiatrischen Verbund
- Februar 2011: Unterstützung für den DGSP-Fachausschuss Arbeit durch den LV-BW bei der Durchführung des Fachtags „Arbeit für alle“
- September 2011: zweitägige Fachtagung in gemeinsamer Vorbereitung mit der DGSP Bayern in Irsee zum Thema Sozialpsychiatrische Dienste
- November 2011: Unterstützung durch den LV-BW bei der Vorbereitung der DGSP-Jahrestagung in Ravensburg im November 2011
- Juni 2012: Vorbereitung des Landespsychiatrietags in Stuttgart und aktive Mitarbeit bei der Durchführung durch Mitglieder des LV-BW
- November 2012: Durchführung eines gemeinsamen Fachtags mit anderen Verbänden zum Thema „Stand und Entwicklung des PsychKGs in Baden-Württemberg“
- In Planung: zweitägige Fachtagung für die Sozialpsychiatrischen Dienste – wieder in gemeinsamer Vorbereitung mit der DGSP Bayern (diesmal jedoch in Bad Boll) im September 2013
- Fachvortrag mit anschließender Mitgliederversammlung im Oktober 2013 in Stuttgart

Weitere Aktivitäten des Vorstands

- Beteiligung am Netzwerk Psychiatrie, das nach dem Landespsychiatrietag 2009 entstanden ist
- Regelmäßige Planungs- und Abstimmungsgespräche mit den Psychiatrie-Verbänden in BW (Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige, Bürgerhelfer, LIGA)
- Jährliche Treffen mit Vertretern des LV-BW im Sozialministerium BW zu aktuellen sozialpsychiatrischen Themen
- Überarbeitung der etwas „vernachlässigten“ Homepage

Themen, die uns im Vorstand beschäftigt haben beziehungsweise weiter beschäftigen werden

- Zwang und Gewalt
- Unterbringung nach § 1906 BGB

- Initiative Beratung und Beschwerde
- Teilhabegesetz
- PsychKG in BW
- Pflege-Neuausrichtung-Gesetz und Leistungen nach dem SGB XI und SGB XII
- Krankenhausentgeltfinanzierung; Modellvorhaben regionales Budget
- Junge psychisch kranke Menschen und Jugendhilfe
- Besuchskommission
- Arbeit, EX-IN, Partizipation von Psychiatrie-Erfahrenen
- Weiterentwicklung der GPV und GPZ
- Wohn- und Betreuungsgesetz
- Integrierte Versorgung
- Häusliche Pflege und ambulante psychiatrische Pflege
- Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste
- Soziotherapie
- UN-Behindertenrechtskonvention und Inklusion

Sonstiges

- Regelmäßiger Austausch zwischen Bundesvorstand und Landesvorstand und einzelnen Fachausschüssen, in denen Mitglieder des LV-BW auch aktiv vertreten sind
- Unterstützung von Initiativen und Aktivitäten durch Spenden

Für den Vorstand:

Friedrich Walburg und Monika Bachmeier

Kontakt:

*Monika Bachmeier
GPZ Stuttgart-Vaihingen
Robert-Koch-Straße 9
70563 Stuttgart
Tel.: (07 11) 7 35 20 19
E-Mail: Monika.Bachmeier@eva-stuttgart.de*

Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BayGSP)

Das beherrschende Thema der Verbandsarbeit in den Jahren 2010 – 2013 war und ist die Performance des Dialogs in der bayerischen Psychiatrieszene. Nach dem „Runden Tisch EX-IN“, den die BayGSP gemeinsam mit den Münchener Psychiatrie-Erfahrenen, den Angehörigen sowie anderen Unterstützern ins Leben gerufen hat, wurde dieser 2011 in die „Dialogische Arbeitsgemeinschaft EX-IN Bayern“ überführt. Die BayGSP stellt seither den Professionellen-Vertreter, neben zwei Psychiatrie-Erfahrenen und einer Angehörigenvertreterin, im Geschäftsführenden Ausschuss der TAG. Der deutlichste Erfolg dieser Zusammenarbeit ist der 2012 in München gestartete erste EX-IN-Kurs in Bayern. Ein weiterer Kurs in Nürnberg im Herbst 2013 sowie Planungen für den zweiten Kurs in München 2014 sind weitere Ergebnisse. Nicht zuletzt führte die intensive Lobbyarbeit dazu, dass der Bezirk Oberbayern als überörtlicher Sozialhilfeträger sechs Modellprojekte EX-IN im oberbayerischen Raum finanziell fördert.

Weiteres intensives Engagement nahm das Thema „Brauchen wir in Bayern ein PsychKG?“ in Anspruch. In engem Austausch mit KollegInnen aus Baden-Württemberg haben es sich Aktive aus der BayGSP zum Ziel gesetzt, das Thema an die bayerische Landespolitik heranzutragen. Nach intensiver Netzwerkarbeit gelang es, eine Veranstaltung zum Thema im bayerischen Landtag auszurichten, an der zahlreiche Akteure aus dem Bereich der Psychiatrie als Mitveranstalter beteiligt waren. Auch konnte die BGSP PolitikerInnen aller im Landtag vertretenen Parteien für eine Podiumsdiskussion gewinnen. Ziel der Veranstaltung war es, das Thema PsychKG in den

bayerischen Wahlkampf und die Zeit unmittelbar nach der Landtagswahl 2013 hineinzutragen.

Im Frühjahr 2011 fand traditionell die zweijährliche Psychiatrietagung in der Evangelischen Akademie Tutzing statt. Thema in diesem Jahr war „Suizid“. Die Tagung fand bei den rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern großen Anklang.

Ein weiteres, für den Verband wichtiges Thema ist die Vernetzung der einzelnen Regionen. Es gelang, die Zusammenarbeit mit den KollegInnen aus Nordbayern/Franken zu stärken und zu intensivieren. Ebenso gab es vermehrten Austausch, vor allem zum Thema EX-IN, mit KollegInnen aus der Oberpfalz. Mit einem Trägerverband aus Augsburg gab es eine enge Zusammenarbeit in Form einer Beiratschaft in einem Modellprojekt zum Thema Krisenversorgung. Der Verband setzt sich, neben inhaltlichen Fragestellungen, laufend mit Fragen nach Perspektiven, Zielen und Aufgaben/Aufträgen auseinander. Hierbei zeigte sich wiederholt, dass es eine besondere Herausforderung ist, einen Landesverband der DGSP zum einen ehrenamtlich zu führen und zum anderen einer rasant wachsenden Vielfalt an Themenfeldern inhaltlich gerecht zu werden. Insbesondere die Effizienz von TrägervertreterInnen, die in ihrer politischen Arbeit über stark ausgeprägte und gut gepflegte Netzwerke verfügen sowie auf Synergieeffekte zurückgreifen können, ist von einem ehrenamtlich geführten Fachverband kaum zu erreichen. Es ist daher lediglich möglich, einzelne Schwerpunkte nacheinander zu bearbeiten.

Die Akquise neuer, junger Mitglieder stellt unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine weitere Herausforderung dar. Eine grobe Analyse der Neumitgliedschaften ergibt, dass neue Mitglieder beinahe ausschließlich über große Veranstaltungen mit zahlreichen TeilnehmerInnen und prominenten ReferentInnen gewonnen werden.

*Für den Vorstand:
Thomas Meinhart*

*Kontakt:
Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
Dr. H. Jürgen Groebner
Josephspitalstraße 7
80331 München
Tel.: (0 89) 26 37 47
E-Mail: info@baygsp.de*

Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP)

Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen

Der Vorstand der BGSP tagt öffentlich. Termin und Ort sind über unsere Webseite zu erfahren (www.bgsp-ev.de) oder per E-Mail zu erfragen: bgsp-ev@gmx.de. Gäste – auch Nichtmitglieder – sind immer herzlich willkommen.

Am 28. April 2010 fand eine Mitgliederversammlung statt, bei der der alte Vorstand entlastet und ein neuer Vorstand gewählt wurde. Dem Vorstand gehören die folgenden Personen an: Regina Berg, Olaf Borck, Martina Dahms, Astrid Delcamp, Carmen Eger, Ilse Eichenbrenner, Holger Kühne, Gisela Schmidt-Nieße, Christian Reumschüssel-Wienert, Beate Willenberg. Christian Reumschüssel-Wienert vertritt den Landesverband bei den Sitzungen des erweiterten Vorstands des Bundesverbands. Patrizia Di Tolla, Mitglied der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, ist direkt gewähltes Mitglied des erweiterten Vorstands der DGSP. Ilse Eichenbrenner und Astrid Delcamp sind Redaktionsmitglieder der Zeitschrift der DGSP „Soziale Psychiatrie“.

Veranstaltungen und Aktivitäten

Unsere Webseite gibt einen Überblick über alle Veranstaltungen und Aktivitäten.

- Bei der bereits erwähnten Mitgliederversammlung am 28. April 2010 stellte Christian Reumschüssel-Wienert den Untersuchungsverlauf und exemplarische Ergebnisse einer „Piloterhebung zur Medikation der KlientInnen des außerklinischen Hilfesystems in Berlin“ vor; durchgeführt wurde die Studie von Regina Berg, Ronald Burian, Astrid Delcamp, Christian Reumschüssel-Wienert und Jasna Russo. Am 27. Oktober 2010 wurde der Abschlussbericht dieser Studie bei einer öffentlichen Veranstaltung im Pinellodrom vorgestellt und durch mehrere Beiträge ergänzt: Ronald Burian referierte Überlegungen zur Arzneimittelsicherheit im außerklinischen Bereich; Jasna Russo stellte dar, wie eine nutzerorientierte Perspektive zukünftiger Forschungen aussehen könnte. Und Volker Lenze fragte nach möglichen Folgerungen der Studie für die Träger. Ein Bericht über diese Veranstaltung ist auf unserer Webseite hinterlegt und kann heruntergeladen werden. Im Heft 4/2010 der „Sozialen Psychiatrie“ wurden die Ergebnisse der Studie von den oben bereits genannten Autorinnen und Autoren veröffentlicht: „Medikamentenverordnung in der ambulanten psychiatrischen Versorgung in Berlin“.
- Die BGSP hat den 8. Trialogischen Kongress des Netzwerks Stimmenhören e.V. am 21./22. Oktober 2011 in Neukölln finanziell unterstützt.
- Anfang 2012 hat in Berlin wieder ein Kurs der Sozialpsychiatrischen Zusatzausbildung (SPZA) begonnen.
- Bereits seit einigen Jahren wird in Berlin zunehmend häufig diskutiert, ob auch Berlin geschlossene Heime im Rahmen der Eingliederungshilfe benötigt, in denen psychisch kranke Menschen im Rahmen des § 1906 BGB untergebracht werden können. Der Vorstand hatte lange geplant, sich diesem Thema zu widmen, und legte einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf diese Problematik. Ziel war vor allem, die Diskussion öffentlich zu machen, nachdem von zwei Trägern Konzeptionen entwickelt und lediglich auf Bezirksebene diskutiert worden waren. Parallel fand eine kleine Untersuchung bei der Senatsverwaltung für Gesundheit statt, die Sozialpsychiatrischen Dienste befanden sich ferner in einem Diskussionsprozess. Die BGSP machte es sich zur Aufgabe, diese verschiedenen Stränge aufzugreifen und in der Fachöffentlichkeit zusammenzuführen. Es fanden insgesamt drei Veranstaltungen im Pinellodrom statt: Am 2. November 2011 die erste unter dem Titel „Braucht Berlin geschlossene Heime in der Sozialpsychiatrie?“. Martin Osinski von der Brandenburgischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie machte mit einem Impulsvortrag den Einstieg. Er wurde ergänzt durch Heinrich Beuscher, den Landespsychiatriebeauftragten von Berlin. Im Zentrum stand eine erstaunlich offene und konstruktive Diskussion. Ein Bericht von Petra Heine, ergänzt von Astrid Delcamp und Ilse Eichenbrenner, findet sich auf der Webseite und in der „Sozialen Psychiatrie“ (Heft 1/2012).
- Die zweite Veranstaltung zu diesem Thema fand am 12. April 2012 statt. Der Hamburger Vormundschaftsrichter John Gelübcke gab einen Überblick über die aktuelle juristische Situation, die geprägt ist durch die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention und das zweite Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Zwangsbehandlung. Detlev Gagel, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes Pankow, stellte anschließend eine Fallvignette vor. Auch diesen Abend hat Petra Heine protokolliert; der Bericht ist auf der Webseite zu finden. Dass das Thema auch bundesweit hohe Relevanz hat, zeigte sich auf einer Fachtagung der DGSP, die so enorm nachgefragt wurde, dass zahlreiche Interessenten abgewiesen werden mussten. Am 5. September 2012 wurde schließlich zur dritten Veranstaltung zu dieser Thematik eingeladen. Detlev Gagel stellte eine weitere Fallvignette vor, ergänzt durch einige literarische Sequenzen und eine lebhaft Diskussion.

Die Debatte um das Thema „Braucht Berlin eine geschlossene Einrichtung in der Eingliederungshilfe?“ ist sicher noch nicht abgeschlossen; von Seiten der BGSP wurde die Problematik aber ausführlich beleuchtet. Zuletzt machte Matthias Rosemann einen Vorschlag, der von der BGSP in Zusammenarbeit mit den Psychiatrie-Koordinatoren der Bezirke aufgegriffen und umgesetzt werden könnte: den Aufbau einer „Task-Force“, die von Vormundschaftsrichtern angefragt werden kann, wenn sie über einen Antrag auf geschlossene Heimunterbringung nach § 1906 BGB entscheiden müssen. Diese Task Force wiederum soll sich um die sofortige Einberufung einer regionalen Helferkonferenz bemühen, um nach möglichen Alternativen zu suchen.

Die Vorstandsperiode fand ihren Abschluss mit der Mitgliederversammlung am 31. Oktober 2012. Gisela Rochow, Ärztin im Sozialpsychiatrischen Dienst Charlottenburg-Wilmersdorf, hat das Thema der psychiatrischen Akutbehandlung aufgegriffen, die in der Folge mehrerer Gerichtsurteile ohne Einwilligung der untergebrachten Patienten nicht mehr zulässig ist. Nach einem einleitenden Referat wurde die aktuelle Verunsicherung bei Betreuern, Sozialpsychiatrischen Diensten und Behandelnden diskutiert und nach Lösungen gesucht. Anschließend wurden der Rechenschaftsbericht des Vorstands sowie der Kassenbericht vorgetragen und besprochen. Der alte Vorstand wurde entlastet und dann ein neuer Vorstand gewählt. Der geschäftsführende Vorstand (laut Satzung fünf Mitglieder), der die BGSP nach außen vertritt, wurde getrennt vom erweiterten Vorstand (vier Mitglieder) einstimmig gewählt.

Es kandidierten für den geschäftsführenden Vorstand:

1. Vorsitzender: Christian Reumschüssel-Wienert
1. stellvertretende Vorsitzende: Gisela Schmidt-Nieß
2. stellvertretende Vorsitzende: Carmen Eger

Schriftführerin: Ilse Eichenbrenner

Schatzmeister: Holger Kühne

Alle Kandidatinnen und Kandidaten wurden in der offenen Abstimmung einstimmig gewählt.

Die vorgeschlagenen Mitglieder nahmen die Wahl an. Der neue Vorstand ist im Vereinsregister des Charlottenburger Amtsgerichts eingetragen.

Am 22. November 2012 hat die BGSP eine Veranstaltung mit dem amerikanischen Publizisten Robert Whitaker zum Thema „Anatomie einer globalen Epidemie: Geschichte, Wissenschaft und langfristige Wirkungen psychiatrischer Medikamente“ ausgerichtet. Mehr als 200 Interessierte waren gekommen und führten im Anschluss eine engagierte Diskussion.

Für den Vorstand:

Ilse Eichenbrenner / Holger Kühne

Kontakt:

Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.

Holger Kühne

Innsbrucker Straße 2

10825 Berlin

E-Mail: bgsp-ev@gmx.de

Internet: www.bgsp-ev.de

Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BraGSP)

Der Landesverband Brandenburg hat im 15. Jahr seines Bestehens 37 Mitglieder. Der Vorstand lädt regelmäßig zu einer Jahresmitgliederversammlung und drei Mitgliedertreffen bzw. Vereins- und öffentlichen Vorstandssitzungen ein. BraGSP-Mitglieder engagieren sich in den Besuchskommissionen nach dem BbgPsychKG. Eine Arbeitsgruppe zur zivilrechtlichen Unterbringung, vom Gesundheitsministerium einberufen, hat mit unserer Beteiligung in der bundes-

weiten Diskussion einen eigenen Akzent gesetzt: Menschen mit Unterbringungsbeschluss nach BGB 1906 sollen konsequent wohnortnah versorgt werden. Dafür dürfen keine Sondereinrichtungen geschaffen werden, die Gemeindepsychiatrie soll konsequent die Pflichtversorgung auch schwieriger Menschen realisieren. Die Details sind in ein Diskussionspapier gefasst (<http://dgsb-brandenburg.de/geschlossene-heime>). In einem Workshop der LIGA in Zusammenarbeit mit der BraGSP wurden sie am 23. Oktober 2012 der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Nun wird nach Wegen zur Umsetzung gesucht. Viel Überzeugungsarbeit ist noch zu leisten, damit Betroffene nicht länger außerhalb des Bundeslands untergebracht werden.

Mit den BGH-Urteilen zur Medikamentenanwendung gegen den Willen des Patienten ist auch in Brandenburg Handlungsbedarf entstanden. Das PsychKG muss den Vorgaben angepasst werden. Vorläufig herrscht in der stationären Psychiatrie erhebliche Ratlosigkeit, da PatientInnen zwar wegen Selbst- oder Fremdgefährdung gegen ihren Willen untergebracht werden, dann aber nicht von der Notwendigkeit medikamentöser Behandlung überzeugt werden können.

Für den Vorstand:

Martin Osinski

Kontakt:

Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.

Martin Osinski

Zu den Gärten 18

16816 Neuruppin

Tel.: (0 33 91) 65 02 48

E-Mail: bragsp@t-online.de

Internet: www.dgsb-brandenburg.de

DGSP-Landesverband Bremen e.V.

Der Vorstand und interessierte Mitglieder sowie Gäste trafen sich einmal im Monat zu den in der Regel öffentlichen Sitzungen. Darüber hinaus gab es aber auch einige Treffen projektbezogener Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenschwerpunkten. Auch fand im Jahr 2011 und 2012 jeweils ein Klausurtag statt. Außerdem ist der Landesverband Bremen im erweiterten Bundesvorstand der DGSP vertreten. Bei vielen Projekten und Veranstaltungen kooperieren wir mit anderen Verbänden und Gruppen. So ist der Landesverband schon viele Jahre Mitglied im Behindertenverband Bremen; seit 2012 ist er zudem Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Bremen. Gekündigt haben wir die Mitgliedschaft im Aktionsbündnis seelische Gesundheit, da die Bundes-DGSP bereits dort vertreten ist. In den vergangenen drei Jahren, also 2010, 2011 und 2012, organisierten wir für die „Woche der Seelischen Gesundheit“ jeweils unter einem eigenständigen Motto mehrere Veranstaltungen, bei deren Durchführung stets auch „Experten aus Erfahrung“ sowie Angehörige vertreten waren.

Neu eingerichtet haben wir eine Homepage (www.dgsb-bremen.de).

Gesundheitspolitische Aktivitäten

Nach der Erstellung von „Wahlprüfsteinen“ für die Weiterentwicklung des psychiatrischen Hilfesystems in Bremen 2011, verbunden mit Wahlprüfungsgespräch mit Vertretern aller Fraktionen und Pressevertretern vor den Landtagswahlen und einem Folgegespräch ein Jahr danach, gab es im letzten Jahr eine erfreuliche Bewegung in der Psychiatriepolitik in Bremen. Anfang Dezember stellten Bündnis 90/Die Grünen und die SPD einen gemeinsamen Antrag in der Bürgerschaft (Landesparlament) zur „Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen als gesundheitspolitisches Zukunftskonzept“, der von allen Parteien angenommen wurde. Der Antrag ent-

hält konkrete Aufträge an die Landesregierung bezüglich verbindlicher geregelter GPV, Modellprogramm mit Regionalbudgets SGB V und XII, Steuerungsgremium, Partizipation Betroffener und ständiger Evaluation des Versorgungssystems, Aktivitäten zu Prävention und Inklusion (Text unter www.dgsp-bremen.de).

Während des gesamten Zeitraums 2011–2013 wurde das Thema „unzureichende Umsetzung der Psych-PV in den Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie“ vom Landesverband immer wieder aufgegriffen. 2013 erfolgte von der senatorischen Behörde eine Zusage, in einer ersten Stufe mit zusätzlich 29 VK die Psych-PV-Umsetzung zunächst auf über 90 Prozent anzuheben (inzwischen weitgehend realisiert).

Kritik an Strukturproblemen des psychiatrischen Hilfesystems: Auswärtsunterbringung von Patienten mit erheblichen Anpassungsproblemen, insbesondere selbst- oder fremdgefährdendem Verhalten mit Erstellung eines Positionspapiers.

Ergänzend gab es mehrere politische Veranstaltungen und Aktionen, an denen die DGSP Bremen – zum Teil in Kooperation mit anderen Trägern und Parteien – beteiligt war:

- Veranstaltung am 29. November 2012 von Bündnis 90/Die Grünen und DGSP Bremen in der Bürgerschaft zum Thema: „Eine inklusive Gesellschaft und die Förderung der seelischen Gesundheit in Bremen verwirklichen. Welche Konsequenzen ziehen wir aus der UN-Behindertenrechtskonvention?“
- Veranstaltung am 13. April 2013 von SPD-Fraktion und DGSP Bremen in der Bürgerschaft unter dem Titel: „Hilfe für seelisch Kranke – Kooperation statt Konkurrenz“
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Umsetzung des vom Gesundheitsressort schon 2010 vorgelegten zukunftsorientierten Landespsychiatriepflichtes

Weitere Schwerpunkte

- UN-Behindertenrechtskonvention: Aktuell steht die Frage nach den Auswirkungen auf das bestehende PsychKG im Vordergrund, dessen Überarbeitung 2012 begonnen werden soll. Überlegungen zu Auswirkungen und Umsetzungsstrategien (auch in der Fortbildung).
- Umgang mit Gewalt und Zwang im psychiatrischen Bereich mit hoher Aktualität besonders bezüglich des PsychKG (Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des BGH, bei unterschiedlichen Einschätzungen im Bereich der Vertreter der Psychiatrie-Erfahrenen). Mitwirkung von Vorstandsmitgliedern an einem Fachtag des Gesundheitsressorts.
- Kontakt zu Presse und Medien: eine Beschwerde über eine aus unserer Sicht desinformierende Berichterstattung der Bild-Zeitung beim Presserat schon 2011 – Aussprechen einer Missbilligung 2012 (dies war aus unserer Sicht unzureichend; unser Widerspruch und Bitte um Neuaufnahme wurden vom Presserat 2012 abgewiesen).
- Seminare durch Vorstandsmitglieder für Studenten, Mitarbeiter, Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige im Wintersemester 2012/13 „Qualität in der psychiatrischen Versorgung“ und im Sommersemester 2013 über „Unterbringung und Zwangsbehandlung von Menschen mit psychischen Störungen“.
- Primäre und sekundäre Prävention durch Kooperation aller Beteiligten.
- Schulprojekt: Das seit vielen Jahren bestehende Schulprojekt wurde fortgesetzt. Es ist ein eher kleines Projekt, das in Kooperation mit der „Kulturambulanz“ meist auf Anfrage von unterschiedlichen Schultypen angeboten wird.
- Der Kontakt zu den KollegInnen in Bremerhaven wurde intensiviert. Es gab zwei Besuche von Vorstandsmitgliedern: im neu eröffneten Zentrum für seelische Gesundheit in der Hafenstraße und bei der Geschäftsführung des Klinikums Reinkenheide. Außerdem wurde ein Positionspapier zu dem vorliegenden Vorschlag für ein Modellprogramm in Bremerhaven erstellt.

■ Durchführung der Woche der Seelischen Gesundheit in der Zeit vom 7. bis 11. Oktober. Motto: „Anders Leben – Kooperation ist wichtiger als Konkurrenz“.

*Für den Vorstand:
Hiltrud Kruckenberg*

*Kontakt:
DGSP-Landesverband Bremen e.V.
Hiltrud Kruckenberg
Eystruper Straße 6
28325 Bremen
Tel.: (04 21) 42 03 13
E-Mail: dgsp@hille-kruckenberg.de*

Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP)

Der Vorstand und interessierte Mitglieder sowie Gäste treffen sich in der Regel jeden letzten Donnerstag im Monat in den Räumlichkeiten des GPZE in der Hochallee 1–3. Bei Bedarf werden Arbeitsgruppen zu Projekten oder aktuellen Themen gegründet. In den vergangenen drei Jahren wurden mehrere Hauptthemen verfolgt. Natürlich wird bei vielen Projekten mit anderen Trägern, Verbänden oder Institutionen und den Behörden kooperiert. Neben den sozialpolitischen Aktivitäten ist die HGSP nach wie vor alleinige Gesellschafterin von aktuell drei sozialpsychiatrischen Institutionen/GmbHs (GPD Nordost GmbH, GPZE GmbH, gHWV, siehe auch www.gpd-nordost.de und www.gpze.de), nachdem eine vierte GmbH (Boje GmbH) finanzierungsbedingt aufgelöst und die Betriebe in eine bestehende GmbH überführt wurden. Von Zeit zu Zeit schließt sich daher an die Vorstandssitzung eine Gesellschafter-Versammlung an. Die GmbHs der HGSP beteiligen sich wiederum als Gesellschafter an der Integrierten Versorgung in Hamburg (Bsp. iv-hh west GmbH). Neben besonderen Schwerpunkten beschäftigen uns aktuelle Themen aus der Region bzw. der Sozialpsychiatrie, wie zum Beispiel:

- Juli/August 2011: Vorbereitung und Durchführung von Gesprächen mit den neuen Senatoren Detlef Scheele (Soziales) und Cornelia Prüfer-Storcks (Gesundheit)
- September 2011: Gespräche mit Fachreferenten über Möglichkeiten eines Trägerbudgets
- November 2011: Treffen mit Matthias Rosemann aus Berlin zum Thema Trägerbudget, Vorbereitung von Treffen mit Bürgerschaftsabgeordneten (CDU, SPD und GAL)
- Dezember 2011: Berufung oder Bestätigung der Mitglieder des Aufsichtsrates der GPZE GmbH, Bericht über Veranstaltung zum Thema Sicherungsverwahrung, Information Zusammenarbeit UKE und GPZE GmbH im Rahmen der Gesundheitsmetropole Hamburg (siehe auch www.psychenet.de, hier Teilprojekt 6: Früherkennung von Psychosen)
- Februar 2011: Gespräche mit Bürgerschaftsabgeordneten, Austausch über Thema Kürzungen im Zuwendungsbereich: Sind die Psychosozialen Kontaktstellen betroffen?
- April 2012: Integrierte Versorgung, Gespräche mit Psychotherapeutenkammer, Brainstorming und Vorbereitung Mitgliederversammlung 2012/2013 (Bildung einer Vorbereitungsgruppe; es soll eine Fachtagung mit anschließender MV stattfinden), Zusammenarbeit mit dem AK „Einander begegnen“ und der Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen
- Mai 2012: Einsatz von Elektrokrampftherapie, Wirtschaftlichkeitsprüfungen in der Eingliederungs- und Jugendhilfe einzelner Träger
- Juni 2012: Bilanz HGSP
- August 2012: Besuch von Frau Ingrid Körner (Senatsbeauftragte für die Gleichstellung behinderter Menschen) im HGSP-Vorstand

- September 2012: ordentliche Gesellschafterversammlung GPZE GmbH, Wolfgang Kiel gibt Funktion des Kassenwartes der HGSP nach über 35 Jahren ab, Thema Integrierte Versorgung, Finanzierungsfragen u.a., Zwangsbehandlung, Urteile und Gesetzesentwürfe und Stellungnahmen; Bildung einer AG zu diesem Thema
- Oktober 2012: Vorbereitungsstand Mitgliederversammlung „Tag der Sozialpsychiatrie“, Zwangsmedikation und Urteile, Nachfolgefragen der GF in der GPD Nordost aufgrund von Ruhestand
- November 2012: Austausch über Krankenhausfinanzierung PEPP
- Januar 2013: Thema Asklepios plant als privater Krankenträger den Ausbau von stationären Heimplätzen im Rahmen der Eingliederungshilfe auf dem Krankenhausgelände in Ochsenzoll. Wir planen Gegenwehr ...
- 31. Januar 2013: Mitgliederversammlung
- Februar 2013: stationäre Heimplätze, HH Krisendienst, Neustrukturierung der Eingliederungshilfe
- März 2013: schriftliche Stellungnahme von Thomas Bock zur Veränderung der Sozialpsychiatrie in Hamburg

Daneben sind einzelne Vorstandskollegen in verschiedenen Gremien vertreten wie zum Beispiel zur Krankenhausbettenplanung, bei der Anhörung zum Hamburger Psychisch-Kranken-Gesetz, Krisendienst und einiges mehr. Über Doppelfunktionen von Vorstandskollegen ist die HGSP in der Trägerkonferenz des Paritätischen, der Arbeitsgemeinschaft Rehabilitation, dem AK Gemeindepsychiatrie und anderen Gremien vertreten. Austausch über Schlüsselbund eG und WBVG, Bundesverdienstkreuz für Herrn Dr. Hans Jochim Meyer vom Angehörigenverband, Umgestaltung der Eingliederungshilfe in Hamburg. Wie im vorangegangenen Bericht zur Mitgliederversammlung befindet sich die HGSP weiterhin in einem Veränderungsprozess. Die Vorstandsarbeit wurde seit Jahren von einigen wenigen Mitgliedern getragen. In den vergangenen zwei Jahren kamen erfreulicherweise neue jüngere Mitglieder auch in den Vorstand hinzu; dennoch verändert sich die Arbeit nicht nur aufgrund der heute anderen beruflichen Bedingungen, der nicht seit Jahren, teilweise Jahrzehnten gewachsenen Kontakte, sondern auch aufgrund der sich weiter marktwirtschaftlich orientierenden psychiatrischen Versorgung. Dennoch, wenn man so sagen darf, arbeiten Jung und Alt gut zusammen, um Wichtiges weiterzutragen und nötige Veränderungen mit Erfahrungshintergrund voranzutreiben. Dass diese Aufgabe nicht leicht ist, scheint allen Beteiligten klar zu sein, lässt sich aber durch die lockere und partnerschaftliche Atmosphäre gut bewältigen. Besonders schmerzlich traf uns der plötzliche Tod von Wolfgang Kiel, der über 35 Jahre als Vorstand und Kassenwart der HGSP tätig war. Darüber hinaus leitete er das Gemeindepsychiatrische Zentrum Eimsbüttel viele Jahre als Verwaltungsleiter und später als Geschäftsführer. Er gründete den Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie und war später auch an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Rehabilitation beteiligt. In beiden Gremien arbeiten bis heute Träger der Sozialpsychiatrie mit verschiedenen Hintergründen zusammen. Wolfgang Kiel verkörperte viel Geschichte, Erfahrung, Aktivitäten und Kontakte im Vorstand. Bis zuletzt hat Wolfgang Projekte für uns angestoßen, durchgeführt und getragen. Dieses in Ehren weiterzutragen, die begonnenen Projekte zum guten Ergebnis zu führen und den Verein sowie den Vorstand auf den neuen Weg zu bringen, sind die Aufgaben der kommenden Wahlperiode. (Zusammenfassung der Themen bis Januar 2013 für MV durch Wolfgang Kiel und Helmut Krüger, Ergänzungen Jessica Reichstein)

*Für den Vorstand:
Jessica Reichstein*

*Kontakt:
Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
Hochallee 1–3
20149 Hamburg
E-Mail: jessica.reichstein@iv-hamburg.de*

Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HeGSP)

Geschäftsführender Vorstand: Petra Lauer, Dr. Klaus Becker, Prof. Dr. Heike Dech, Constantin v. Gatterburg, Anja Rößner-Uhlmann; erweiterter Vorstand: Anika Radtke, Harald Link, Hans-Jürgen Wittek, Bettina Scholtz.

Der Landesverband hat sich in mehreren Vorstandssitzungen mit folgenden Themen befasst:

- Weitere Entwicklung der Eingliederungshilfe in Hessen und Hilfeplanung
 - Neufassung des Hessischen Unterbringungsrechtes (HFEG)
 - Initiative zur Bildung eines Landespsychiatriebeirates
 - Klinische Versorgung in Hessen und Vitos
 - Unterstützung örtlicher Initiativen und Projekte auf Landesebene
- Diskutiert wurden die sehr heterogene Entwicklung der Eingliederungshilfe trotz des Kostenträgers Landeswohlfahrtsverband Hessen und die unterschiedliche Handhabung der Hilfeplanung. Mitglieder des Vorstandes sind auf verschiedenen fachlichen Ebenen in diese Diskussion einbezogen. Kritisch wird der auf halber Strecke steckengebliebene Versuch gewertet, die Hilfeplanung stärker auf den Assistenzbedarf auszurichten. Ideen, die Teilhabeplanung ausschließlich durch den Kostenträger erstellen zu lassen, werden ebenfalls als Rückschritt gewertet.

Ein Schreiben an den Sozialminister mit der Bitte, einen Landespsychiatriebeirat zu initiieren, der auch in die Beratung für ein neues Psychisch-Kranken-Gesetz einbezogen wird, blieb unbeantwortet. Ein neues Unterbringungsrecht wurde ohne Beteiligung von Verbänden, Betroffenen und Angehörigen auf den Weg gebracht. Die klinische Versorgung in Hessen wird sehr stark von Vitos (GmbH des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen) bestimmt. Hier hat der Konzern eine Entwicklung eingeleitet, die sich zum Teil von den regionalen Strukturen abkoppelt und nicht mehr sozialpsychiatrisch orientiert ist. Eine von Vitos initiierte Veranstaltung in einem teuren Flughafenhotel und mit Pharmsponsoring entpuppte sich als Flop. Mitglieder des Vorstandes waren als Beobachter dort.

Ein vom Landesverband wesentlich konzipiertes und angestoßenes Fortbildungsprojekt „Dialogische Beratungskompetenz“ in Frankfurt/M. ist mittlerweile ausgebucht und wird eine Fortsetzung erfahren. Der Landesverband hat kleinere Projekte (Offene Malwerkstatt Wehrheim, Veranstaltung zum Thema Jugendhilfe und Psychiatrie, Unabhängige Beschwerdestelle Bergstraße, Freizeitprojekt Sozialpsychiatrischer Verein Groß-Gerau und andere) finanziell unterstützt.

Holger Heupel und Klaus Becker wurden für ihr jahrzehntelanges sozialpolitisches und sozialpsychiatrisches Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt. Dies ist auch eine Auszeichnung für den Landesverband Hessen, für den die Geehrten so viele Jahre tätig sind.

Das Thema der Tötung zahlreicher Menschen mit psychischer Erkrankung in hessischen Anstalten zur Zeit des Nationalsozialismus wurde maßgeblich von Klaus Becker und Holger Heupel gegen Widerstände aufgegriffen und aufgearbeitet.

Die Jahresveranstaltung des Landesverbandes „Zwischen allen Stühlen – Junge psychisch kranke Menschen – eine Herausforderung für die Hilfesysteme?“ in Kooperation mit dem Berufsbildungswerk Karben war mit mehr als 170 Teilnehmern sehr gut besucht. Allerdings zeigte sich auch, dass der Landesverband alleine Veranstaltungen in dieser Größenordnung organisatorisch nur schwer stemmen kann. Die Kooperation mit dem Berufsbildungswerk hatte sich als Glücksfall herausgestellt und die Rückmeldungen waren sehr positiv.

Nichtsdestotrotz hat sich der Landesverband Hessen sogleich in die nächste Herausforderung gestürzt und die Veranstaltung „Notfall Seele – Zwang und Gewalt, Macht und Ohnmacht in der Psychiatrie“

am 23. Mai 2013 mitkonzipiert, vorbereitet und gestaltet. Die Veranstaltung erfolgte in Kooperation zwischen DGSP, dem Hessischen Landesverband und dem Betreuungsgerichtstag und es waren maßgeblich Fachleute aus Hessen beteiligt. Die Veranstaltung sollte auch dazu beitragen, in der Diskussion um eine gesetzliche Grundlage für psychiatrische Zwangs- und Unterbringungsmaßnahmen die Weiterentwicklung einer gut ausgebauten Hilfestruktur in den Blickpunkt zu nehmen.

Aussichten: Weiterarbeit an den oben aufgeführten Themen. Planung der Hessentagung in 2014 eventuell mit dem Themenschwerpunkt „Jobs, Arbeit und Beschäftigung für psychisch erkrankte Menschen“, für die ebenfalls Kooperationspartner gesucht werden.

*Für den Vorstand:
Petra Lauer*

*Kontakt:
Petra Lauer
Oikos Sozialzentrum
Hessenallee 12a
34613 Schwalmstadt
Tel.: (0 66 91) 9 63 51 18
Fax: (0 66 91) 9 63 52 11
E-Mail: lauer-petra@oikos-sozialzentrum.de*

DGSP Niedersachsen e.V. (DGSP-N)

„Mich braucht keiner ... Altwerden in der Sozialpsychiatrie“ lautete der Titel der DGSP-N-Jahrestagung im Juni 2011 in der Psychiatrischen Klinik Lüneburg. Leider war diese Tagung nicht ganz so gut besucht wie sonst. Im Jahr darauf, am 28. Juni 2012, haben wir die Jahrestagung in Kooperation mit dem Klinikum Region Hannover (KRH) Psychiatrie Wunstorf in Wunstorf veranstaltet. Die Tagung war diesmal wieder gut besucht, und wir haben uns darüber gefreut, dass die dialogische Ausrichtung von den Beteiligten (Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige, psychiatrisch Tätige) positiv erlebt wurde. Das Thema „Tyrannei des Gelingens“, angelehnt an den Buchtitel aus dem Jahr 2007 (Schernus/Bremer), ist auch heute noch aktuell. 2013 findet im Landesverband nicht die übliche Tagung statt. Die Organisation wird nur von wenigen MitstreiterInnen getragen und wir wollen uns nicht „überstrapazieren“. Allerdings wird es voraussichtlich Anfang September eine halbtägige Veranstaltung zur Rolle der Kliniken in der Versorgung geben. Dabei stellt die in mancherlei Hinsicht erfreuliche Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung einen Orientierungsrahmen dar. An dieser Stelle möchten wir Werbung für weitere AktivistInnen im Landesverband Niedersachsen machen, damit die Empörung nicht verpufft, sondern noch in vielen zukünftigen dialogischen Tagungen aufgegriffen und in noch existierende sozialpsychiatrische Einrichtungen getragen werden kann.

Seit Februar 2013 gibt es eine neu gegründete Ortsgruppe in Hannover. Wir treffen uns zusätzlich zu den Vorstandssitzungen in Lüneburg einmal im Monat in Hannover. Interessenten/-innen sind herzlich eingeladen.

Themen, an denen wir in den letzten zwei Jahren gearbeitet haben:

- Weitere Entwicklungen der Integrierten Versorgung (insbesondere Region Lüneburg).
- Krankenhausfinanzierung (PEPP): Der Landesverband schließt sich der kritischen Stellungnahme der Bundes-DGSP an.
- Zwangsbehandlung: Der Landesverband schließt sich der Stellungnahme der Bundes-DGSP an.
- Kritische Bewertung und Diskussion um den „medialen Skandal“ im KRH Psychiatrie Wunstorf, Abteilung Gerontopsychiatrie.
- Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung mit kriti-

scher Einschätzung der Folgen der Privatisierung der LKH wird begrüßt.

- Der fünfte Kurs „Komplementäre Versorgung psychisch kranker Straftäter“ hat im Januar 2013 begonnen.

Finanzielle Aktivitäten:

- Beteiligung mit 300 Euro am DGSP-Forschungspreis.
- Spende von 1600 Euro an EX-IN Nds. für die Ausstattung der Geschäftsstelle Hannover.
- Spende von 500 Euro für ReferentInnen-Honorare im Rahmen der SPZA.

*Für den Vorstand:
Frauke Schild*

*Kontakt:
Dr. Sebastian Stierl
NLKH Lüneburg
Am Wienebütteler Weg 1
21339 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 60 13 00-13 02
E-Mail: sebastian.stierl@pk.lueneburg.de*

Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (RGSP)

■ Im Oktober 2010 fand die erste gemeinsame Veranstaltung mit der AGpR (Arbeitsgemeinschaft Psychiatrie Rheinland) zum Thema „Junge Volljährige zwischen Nachsozialisierungsbedarf und Krankheitsbewältigung – veränderte Anforderungen an die Gemeindepsychiatrie?“ mit 250 Teilnehmern in Düsseldorf statt. Auch die am 28. Oktober 2010 beim Kölner Verein durchgeführte Tagung mit dem Thema „Trauma-Störungen in der Psychiatrie“ wurde von der RGSP mitgetragen.

■ In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 23. Februar 2011 in Mönchengladbach wurde der Vorstand weitgehend wiedergewählt: Neu hinzugekommen sind Ruth Vogel und Dieter Schax, neuer Vorsitzender ist Stefan Corda-Zitzen. Im öffentlichen Teil der Versammlung referierte Martin Osinski zum Thema „Hilflose Helfer – Gemeindepsychiatrie als Reparaturbetrieb der Gesellschaft?“ – ein Dauerbrenner in unserem Arbeitsbereich. Die immer mehr wachsende Zusammenarbeit und Kooperation mit der Interessenvertretung gemeindepsychiatrischer Leistungserbringer Rheinland (AGpR) konnte anschließend fortgesetzt werden. Es fanden in den vergangenen zwei Jahren mehrere gemeinsame Veranstaltungen statt:

- Ein Fachvortrag mit Björn Enno Hermans vor über 100 Gästen zum Thema „Beziehungsaufbau und Beziehungsgestaltung in der ambulanten Betreuung von jungen psychisch kranken Volljährigen“ fand im November 2011 in Duisburg statt.
- Der Arzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie Dr. Michael Hipp vom Sozialpsychiatrischen Dienst Hilden referierte im April 2012 über „Junge psychisch kranke Erwachsene – Bindungstheoretische Grundlagen und therapeutische Haltung“ im Kölner Horion-Haus. Auch diese Veranstaltung entstand in Kooperation mit der AGpR und dem Landschaftsverband Rheinland.
- Beide Verbände führten im Januar 2013 einen gemeinsamen, von mehr als 150 Teilnehmern wahrgenommenen Workshop zum Thema „Altersspezifische Konzepte zur Begleitung von jungen Volljährigen mit psychischer Erkrankung“ in Köln durch. Die Brisanz und den Diskussionsbedarf zu diesem Thema zeigt die rege Nachfrage: Mehr als 360 Kolleginnen und Kollegen hatten zunächst ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet.
- Mitte des Jahres 2011 wurde die RGSP zu einer Expertenanhörung im Landtag zum Gesetz zur Abschaffung der Videoüber-

wachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie eingeladen. Stefan Corda-Zitzen und Dr. Stephan Rinckens nahmen für die RGSP an der Anhörung teil. Die Stellungnahme (www.rgsp.de) der RGSP wurde überwiegend von Dr. Norbert Schalast geschrieben.

- Auf Einladung des Bundes der Betreuer nahmen Ruth Vogel und Stefan Corda-Zitzen an einer Veranstaltung in Düsseldorf teil: „Quo vadis, Betreuung?“ lautete das Thema im „World Café“ mit einem guten Austausch unter Betreuern, Verbandsvertretern und Landtagsabgeordneten.
- Über die „Unzufriedenheit der Mitarbeitenden im Kontext der Sozialpsychiatrie“ arbeitete die RGSP im Dezember 2011 im Rahmen eines Verbandsnachmittages. Ein Ergebnis der Debatte war die Planung und Durchführung einer MitarbeiterInnenbefragung. Im Zeitraum vom 15. Mai bis zum 31. August 2012 wurde die Befragung zu den Arbeitsbedingungen in der Sozial- und Gemeindepsychiatrie erfolgreich durchgeführt. Es nahmen 1762 Personen teil, verteilt über das ganze Bundesgebiet. Federführend war hier Ilja Ruhl. Ergebnisse finden sich auf unserer Homepage.
- Mehr als 100 begeisterte Zuhörer folgten der Einladung zu einer Lesung des Autors Sebastian Schlösser im Februar 2012, die am gleichen Tag wie die Mitgliederversammlung stattfand. Sebastian Schlösser las aus seinem Buch „Lieber Matz, Dein Papa hat ‘ne Meise“ und stellte sich anschließend der Diskussion.
- Viel Raum und Zeit hat die Planung der Jahrestagung 2012 der DGSP vom 25. bis 27. Oktober 2012 in Mönchengladbach eingenommen. Rund 280 Teilnehmer beschäftigten sich mit dem Thema „Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet – welche Psychiatrie wollen wir morgen haben?“. Die RGSP hat als Vorbereitungsgruppe wesentlich an dieser Tagung mitgewirkt.
- Im Februar 2013 veranstalteten wir die Mitgliederversammlung in der LVR-Klinik Langenfeld. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist nach der Wahl nun Dieter Schax, Jutta Köhler und Hilla Brunen sind neu hinzugekommen. Insgesamt besteht der Vorstand damit aus zwölf Personen, drei Vertretern im geschäftsführenden Vorstand und neun Personen im erweiterten Vorstand. Wir können damit unsere in den letzten Jahren erfolgreiche Arbeit weiterhin auf vielen Schultern tragen. Die gute Resonanz des Abends ist auch dem Referenten Dr. Peter Nyhuis aus dem Marienhospital in Herne zu verdanken. Mit einem spannenden, fachlich versierten und authentisch dargebotenen Vortrag zum Thema „Zwangsbehandlung – der Umgang mit der neuen Rechtsprechung“ regte er nach Vorstellung des Konzeptes des Marienhospitals „Weg zur gewaltfreien Psychiatrie“ zu einer spannenden Diskussion an.
- Weiterhin hat ein Kontaktaufbau mit der Gemeinschaftspraxis Kinder- und Jugendpsychiatrie Sant`Unione/Herrmann in Wuppertal viel Zeit in Anspruch genommen. Geplant ist ein gemeinsamer Kongress für Fachleute zum Thema ADHS im November 2013. Zu diesem Thema findet im März 2013 ein Verbandsnachmittag statt.
- Ansonsten beschäftigte sich die RGSP mit den Themen Perspektive der Eingliederungshilfe (Anfertigung einer Stellungnahme), Vertretung der RGSP im EX-IN-Beirat, Planung der nächsten Mitgliederversammlung mit dem Schwerpunktthema „Zwangsbehandlung“.

„Extrablatt“

Auch in 2011 und 2012 erschien das „Extrablatt“ unter Federführung von Dr. Norbert Schalast. (www.rgsp.de). Die Vorstandssitzungen finden nach wie vor monatlich an wechselnden Standorten (Duisburg, Viersen, Mönchengladbach, Köln, Düsseldorf etc.) statt und sind öffentlich. Jeder ist eingeladen, mitzuarbeiten. Termine und Veranstaltungsorte sind der Homepage zu entnehmen.

*Für den Vorstand:
Stefan Corda-Zitzen*

*Kontakt:
RGSP-Geschäftsstelle
Gabi End
Eichenstraße 105–109
42659 Solingen
Tel.: (02 12) 24 82 10
Internet: www.rgsp.de*

DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Die Aktivitäten des Landesverbandes Rheinland-Pfalz hielten sich in den letzten Jahren leider sehr in Grenzen. Bei den regelmäßigen Vorstandssitzungen wurden aktuelle Themen in Rheinland-Pfalz besprochen. Breiten Raum nahm die Debatte über die Entwicklung in den einzelnen Kommunen ein. Da es leider nicht gelungen ist, eine landesweite Rahmenvereinbarung über die Finanzierung von Eingliederungshilfeleistungen zu verabschieden, haben die Kommunen die Initiative ergriffen und verhandeln selbst die Leistungen im ambulanten Bereich. Das führt zu sehr unterschiedlichen Bedingungen im Lande.

Weiter wurde das Thema „Integrierte Versorgung“ aufgegriffen und überlegt, dazu eine Fachtagung zu veranstalten. Da aber im letzten Jahr die Problematik der Zwangsbehandlung in den Mittelpunkt rückte, wurde stattdessen eine Tagung zu diesem Thema vorbereitet und am 14. Mai 2013 in Frankenthal ausgerichtet. Die große Resonanz zeigte, wie wichtig diese Diskussion auch nach der Verabschiedung der Betreuungsrechtsänderung ist.

Die DGSP ist in den beiden Gremien „Landesbehindertenbeirat“ und „Landespsychiatriebeirat“ vertreten und kann dort ihre Positionen einbringen. Leider konnten keine neuen jungen KollegInnen dauerhaft für eine Mitarbeit gewonnen werden. So ist nach der Mitgliederversammlung der alte Vorstand im Amt geblieben.

*Für den Vorstand:
Josef Bernardy*

*Kontakt:
Josef Bernardy
Longkampstr. 37
54292 Trier
Tel.: (06 51) 5 27 89
E-Mail: josef@bernardynet.de*

Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (SGSP)

- **Fachtag Trauma:** Zu Beginn der Vorstandsperiode beschäftigte uns die Vorbereitung und Durchführung unseres „Fachtages Trauma“ in Chemnitz. Fast 200 Teilnehmer fanden den Weg in das „Kraftwerk“ in Chemnitz. Wir konnten nicht alle Anmeldungen berücksichtigen. Unser Fachtag vermittelte grundlegende Informationen zum Thema Trauma, im Mittelpunkt der Workshops stand der gleichberechtigte Austausch zwischen Betroffenen, Angehörigen, HelferInnen und Profis.
- **Psychoknast und Schizeria:** Der Deutschlandfunk strahlte ein großartiges Feature zur Psychiatrie in der DDR aus. Entstanden ist ein Hörfunk-Dossier, das (entgegen allen Klischees) ein vielschichtiges Hörbild der DDR-Psychiatrie zeichnet. Der SGSP gelang es mit Zustimmung des Senders und der Mitwirkenden, eine Aufzeichnung dieses Hörfunk-Dossiers an InteressentInnen kostenlos als CD abgeben zu können (Anfrage per E-Mail an info@trauma-beratung-leipzig.de).
- **Stellungnahme zum zweiten sächsischen Psychiatrieplan:** In Sachsen wurde im Juni 2011 der zweite sächsische Psychiatrieplan veröffentlicht. Die SGSP bezog Position dazu. Wir stellten fest, dass sich das Land Sachsen in allen Bereichen der Versorgung hohe und gute Ziele setzt. Diese Ziele sind jedoch nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Wir werden die Umsetzung in den nächsten Jahren kritisch begleiten. Ein Vertreter der SGSP stellt die Stellungnahme zur Expertenanhörung im sächsischen Landtag vor.
- **Buchveröffentlichung:** Detlev Walter Schimmelsack: GEDANKEN WERTE UNWERTE FLIEGEN LASSEN – Neue Gedichte. Diese Veröffentlichung wurde herausgegeben von der SGSP. Sie ist online erschienen beim Verlag „Autonomie und Chaos“ und kann als PDF heruntergeladen und ausgedruckt werden.
- **Anhörungen zum SächBeWoGe:** Ein Vertreter der SGSP nahm an der Anhörung zum Gesetz zur Regelung der Betreuungs- und Wohnqualität im Alter, bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit im Freistaat Sachsen im sächsischen Landtag teil. Die SGSP versuchte, die Landesregierung auf die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention hinzuweisen. Den Abgeordneten wurden Möglichkeiten erläutert, wie in Sachsen ambulante Angebote forciert werden könnten.
- **Zusammenarbeit mit dem Landesverband Gemeindepsychiatrie Sachsen e.V.:** Um die sozialpsychiatrischen Aktivitäten zu bündeln und ein besseres Kennenlernen der Akteure vor Ort zu ermöglichen, wurde ein Treffen mit dem Landesverband Gemeindepsychiatrie Sachsen e.V. initiiert. Seither besteht ein kontinuierlicher Kontakt und Austausch mit dem Landesverband.
- **Austausch mit den Landesverband Thüringen:** Auch außerhalb der Bundesvorstandstreffen findet ein kontinuierlicher Austausch mit dem DGSP-Landesverband Thüringen statt. Auch hier bestehen gute Möglichkeiten, außerhalb der Länderspezifika gemeinsame Interessen zu bündeln. Ein erstes Projekt ist die Zusammenarbeit bei der DGSP-Jahrestagung 2013.
- **Fachgespräch über ambulante psychiatrische Angebote:** Vertreter der SGSP nahmen am Fachgespräch des Landesverbandes Gemeindepsychiatrie Sachsen e.V. in Kooperation mit der Liga der Wohlfahrtsverbände und der LAG Integrationsfirmen Sachsen e.V. teil. Thema: Wie können ambulante sozialpsychiatrische Angebote durch den Freistaat Sachsen zukünftig gestaltet werden? Die Ergebnisse aus den Beratungen wurden im Sozialministerium besprochen. Die drei Veranstalter versuchten gemeinsam mit der SGSP Verständnis für die oft sehr prekäre Situation bei den entsprechenden Angeboten zu wecken. Man konnte jedoch erkennen, dass die Prioritäten des Sozialministerium anders verortet sind.

Aus der SGSP

Der Vorstand der SGSP trifft sich bis zu sechs Mal im Jahr und tauscht sich rege per Mail aus. Die Verantwortlichen leben in Chemnitz, Dresden und Leipzig sowie im Erzgebirge und in der Oberlausitz. Die Website wird regelmäßig aktualisiert und ständig weiter ausgebaut. Derzeit entstehen Ideen, um gemeindepsychiatrische Verbände in Sachsen zu etablieren. Für unsere Arbeit suchen wir immer wieder MitstreiterInnen. Bisher sind KollegInnen aus dem klinischen Bereich stark unterrepräsentiert. Wer sich berufen fühlt, für eine gute Sache einzustehen, ist bei uns willkommen.

Für den Vorstand:

Jan Roscher

Kontakt:

Landesgeschäftsstelle

Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (SGSP)

c/o Jan Roscher

Am Wehr 13a

08315 Lauter-Bernsbach

E-Mail: sgsp@sozialpsychiatrie-in-sachsen.de

Internet: www.sozialpsychiatrie-in-sachsen.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.

- **18. Juni 2011 Landespsychiatriefest in Magdeburg –** Im Rundschreiben vom Februar 2011 berichteten wir allen Mitgliedern, dass wir einen EX-IN-Kurs in Sachsen-Anhalt aufbauen und durchführen wollten.
- **Die DGSP Sachsen-Anhalt** beteiligte sich an der vom Verein „Der Weg – Hilfen für psychisch Kranke, Betroffene und deren Angehörige“ ausgerichteten Zukunftskonferenz unter dem Titel „Wohnen, leben und arbeiten – psychische Erkrankung inklusive“ im Oktober 2011. Bei dieser Tagung präsentierte sie zudem mit einem Stand den Psychiatrieverlag.
- **Im November 2011** unterstützte die DGSP Sachsen-Anhalt die jährliche Veranstaltungsreihe „Psychiatrie im Kino“ der Tagesklinik Staßfurt.
- **Die Fortbildungsveranstaltung „Psychosen erleben“** mit Prof. Dr. Reinhard Lütjen wurde am 30. November gemeinsam von DGSP und Fachklinikum Bernburg angeboten.
- **Zum Thema „Doppeldiagnosen“** lud die DGSP Sachsen-Anhalt für den 30. Mai zu einer Fortbildung mit Frau Dr. Hornung-Knobel als Referentin ebenfalls in das Fachklinikum Bernburg ein.
- **Über ihren Rundbrief** informierte die DGSP Sachsen-Anhalt ihre Mitglieder im August 2012 über das Landespsychiatriefest im September 2012 beim Labyrinth e.V./Diakonische Begegnungsstätte in Halle (Saale).
- **Ebenfalls in Kooperation** mit dem Fachklinikum Bernburg fand im November 2012 eine Fortbildung zum Thema „Inklusion“ statt. Geleitet wurde die Veranstaltung von Professor Ingmar Steinhart (Vorstand der Aktion Psychisch Kranke [APK], wissenschaftlicher Leiter des Institutes für Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern an der Universität Greifswald).
- **Diverse Gespräche** zwischen DGSP, der Initiatorin Ingrid Hollmann und möglichen Akteuren (Krankenkassen, Fachklinikum Bernburg, Verein zur Rehabilitation Behinderter e.V. Halle/Saale) bezüglich des EX-IN-Kurses in Sachsen-Anhalt im August 2013 in Halle (Saale).
- **Punktuelle Beteiligung** der DGSP an den Treffen des Bündnisses gegen Depression in Halle (Saale) und Magdeburg in 2012 und 2013.
- **An der Aufklärungskampagne** „Nicht alle Tassen im Schrank“ des

Paritätischen Landesverbandes hat sich die DGSP beteiligt. Im Rahmen dieser Kampagne gab es im April 2013 einen Runden Tisch, an dem auch Vertreter der DGSP Platz genommen haben.

- Beteiligung an der Ausrichtung des Landespsychiatriefests am 6. Juli 2013 in Wernigerode.
- Feier des 20-jährigen Vereinsbestehens am 11. Oktober im Stadthaus Halle (Saale) mit Festvortrag von Professor Asmus Finzen zum Thema „Psychisch Kranke im Recht“ (Recht auf Behandlung, Zwang, neue Rechtslage etc.).

Für den Vorstand:
Mandy Richter

Kontakt:
Mandy Richter
Tel.: (01 62) 8 62 29 46
E-Mail: dgsp-lsa@web.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Schleswig-Holstein e.V. (DGSP-SH)

In diesem Jahr freuen wir uns über frischen Wind in der Vorstandarbeit: Mit Ingo Ulzhöfer, Katrin Wulff und Miriam Kunkel konnten wir den Vorstand um drei BeisitzerInnen erweitern und intensiver an den fachlichen Themen arbeiten. Außerdem konnten wir interessierte Mitglieder gewinnen, Positionen und Perspektiven zu drei Themenfeldern zu erarbeiten: Arbeitsbedingungen in der Psychiatrie, kommunale Psychiatrieplanung und Reform des PsychKG. Einen Aufruf der SPD-Landtagsfraktion zu einer Fortschreibung der Landes-Psychiatrieplanung haben wir mit einer ausführlichen Stellungnahme beantwortet und beteiligen uns am weiteren Planungsprozess. Mit Hilfe einer Aktion-Mensch-Förderung konnte der erste EX-IN-Kurs erfolgreich abgeschlossen werden. Ein Folgekurs kam trotz intensiver Bemühungen bisher nicht zustande, da die Finanzierung über Stipendien, Spenden oder das Persönliche Budget für viele InteressentInnen zu unsicher, zu aufwendig oder zu schwierig zu realisieren ist.

Um die Beschäftigungsmöglichkeiten für EX-IN-AbsolventInnen stärker in den Fokus der psychiatrischen Einrichtungen zu rücken, veranstalteten wir ein gut besuchtes, offenes Fachgespräch mit Angelika Lacroix aus Bremerhaven zu ihren Erfahrungen mit dem Einsatz von EX-IN-AbsolventInnen als GenesungsbegleiterInnen in der psychiatrischen Klinik. Darüber hinaus luden wir zu insgesamt vier Netzwerktreffen ein, auf denen interessierte Träger über Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von EX-INlern informiert wurden. Für das Fortbildungsnetzwerk der Sozialpsychiatrischen Träger in Schleswig-Holstein übernahmen wir weiterhin die Koordination und Veröffentlichung der gemeinsamen Broschüre. Die Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung bieten wir trotz geringerer Nachfrage weiterhin an und überarbeiten erneut Konzept und Strategie unserer Fortbildungsangebote.

Auf unseren Jahrestagungen haben wir folgende Themen in den Mittelpunkt gerückt:

- 2011: „Die UN-Behindertenrechtskonvention eröffnet neue Rechte und Teilhabechancen für Menschen mit Behinderung!“ mit Volker Lindemann, Richter a.D. und ehemaliger Vorsitzender des Betreuungsgerichtstages.
- 2012: „Sozialpsychiatrie – nicht ohne EX-IN!“ Podiumsdiskussion mit Ingo Ulzhöfer, Christel Achberger, Fritz Bremer und Bernd Prezewowsky.
- 2013: „Geschlossene Unterbringung – gemeindenah!“ mit Wolfgang Bayer.
- Für die Bundestrilogtagung 2013 übernahmen wir gemeinsam mit dem PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein die Organisation.

Für den Vorstand:
Bernd Prezewowsky

Kontakt:
DGSP Schleswig-Holstein
Muhliusstr. 94
24103 Kiel
E-Mail: b.prezewowsky@bruecke-sh.de
Internet: www.dgsp-sh.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen e.V.

Im Berichtszeitraum hat sich der Landesverband Thüringen mit folgenden Schwerpunkten befasst:

- Die geschlossene Unterbringung in Heimen nach § 1906 BGB
- Die psychiatrische Versorgung im ländlichen Raum
- Die Vorbereitung der DGSP-Jahrestagung 2013 in Erfurt
- Das Thema „Geschlossene Unterbringung in Heimen nach § 1906 BGB“ hatte für uns durch die Forderungen und Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention und die spezifische Situation im Land Thüringen 2010 eine hohe Aktualität. Bis dahin waren 22 geschlossene Heimplätze im Land geschaffen worden, etwa 20 weitere Plätze sollten folgen. Diese Situation haben wir zum Anlass genommen, gemeinsam mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen (LIGA Thüringen) und in Kooperation mit dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit am 25. November 2010 einen gut besuchten Fachtag in Erfurt auszurichten. Unter der Überschrift „Geschlossene Unterbringung in Heimen nach § 1906 BGB – Eine Standortbestimmung für den Freistaat Thüringen“ haben sowohl verschiedene ExpertInnen als auch PraktikerInnen das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und Alternativen dargestellt. Am 12. Mai 2011 und am 28. Februar 2012 folgten in Erfurt und Weimar zwei so genannte „Expertengespräche“, in denen wir uns einmal mit „Strategien zur Vermeidung“ geschlossener Unterbringung befasst haben und dann versuchten, die Situation in einer konkreten Versorgungsregion näher zu beleuchten und Alternativen zur geschlossenen Unterbringung an konkreten Fallvignetten zu diskutieren: „Strategien und Netzwerke in Apolda, Weimar und im Weimarer Land“.
- Die psychiatrische Versorgung im ländlichen Raum: Thüringen ist ein stark ländlich geprägtes Bundesland. Im Zuge des allgemeinen demografischen Wandels und der Abwanderung in städtische Zentren steht auch die psychiatrische Versorgung in der Fläche vor besonderen Herausforderungen. Überdies werden in der Entwicklung neuer Versorgungsmodelle überwiegend großstädtische Regionen berücksichtigt und evaluiert, die Bedarfe ländlicher Regionen werden oftmals vernachlässigt. Am 30. Juni 2011 haben wir dieses Thema intensiv auf einem mit über 200 Personen besuchten Fachtag in Altenburg unter dem Motto „Psychiatrische Versorgung im ländlichen Raum – Wandel als Chance“ bearbeitet und versucht, Entwicklungsimpulse zu geben.
- Vorbereitung der DGSP-Jahrestagung 2013 in Erfurt vom 07. bis 09. November 2013: Im September 2012 haben wir uns im Rahmen eines Mitglieder-Stammtisches und in Kooperation mit der Sächsischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie für die Ausrichtung der DGSP-Jahrestagung 2013 in Erfurt beworben und den Zuschlag erhalten. Unter der Überschrift „Psychiatrie ohne Einrichtungen – Sozialromantik oder sinnvolle Versorgungsperspektive?“ wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie eine Versorgungslandschaft aussehen soll und ausgestaltet sein muss, die eine konsequent am Bedarf der Person orientierte psychiatrische

Hilfe außerhalb von Einrichtungen, am individuell gewünschten Lebensort – in der Gemeinde und in der Kommune – ermöglicht. Eine Forderung, die sowohl in den Rodewischer Thesen 1963 als auch in der Psychiatrie-Enquete 1975 erhoben wurde.

Neben diesen Arbeitsschwerpunkten haben uns folgende Themen im Berichtszeitraum beschäftigt bzw. beschäftigen uns noch:

- Bis 31. Dezember 2011 waren wir Träger des Landesprojektes „Implementation der personenzentrierten Hilfen für psychisch kranke Menschen in Thüringen“, dessen Ziel die Implementation flächendeckender, personenbezogener Hilfeplanungsstrukturen (zum Beispiel Hilfeplankonferenzen, Gründung Gemeindepsychiatrischer Verbände) war. In diesem Rahmen war eine Projektstelle vom Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit finanziert.
- Mitgliedschaft des Landesverbandes im Landespsychiatriebeirat Thüringen. In diesem Zusammenhang waren wir aktiv an der Erstellung des dritten Thüringer Psychiatrieberichtes beteiligt, der am 16. Februar 2012 vorgestellt wurde. Als ein Ergebnis des Psychiatrieberichtes wurden drei Arbeitsgruppen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung gebildet. Als Landesverband haben wir die Moderation für die Arbeitsgruppe „Alternative Formen der Beschäftigung“ übertragen bekommen. Diese AG hat das Ziel, sich um die Weiterentwicklung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Erkrankungen neben den Werkstätten für behinderte Menschen zu kümmern und neue Formen zu implementieren.
- Im Rahmen der Mitgliedschaft im Landespsychiatriebeirat waren wir auch zu einem Expertengespräch über die notwendige Weiterentwicklung und Anpassung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung für psychisch kranke Menschen beteiligt.
- Seit 2011 sind wir aktiv an der landesweiten Einführung des „Integrierten Teilhabepfandes (ITP)“ als einheitliches, personenbezogenes Hilfeplanungsinstrument beteiligt. Mit dessen Einführung soll erstmals auch die Umsetzung einer personenbezogenen „Verpreislichung“ erfolgen.
- Bis Ende 2011 haben wir uns im Rahmen der internen AG „Betroffenenbeteiligung“ mit der Situation und Weiterentwicklung der Betroffenenbeteiligung in den Mitgliedereinrichtungen beschäftigt. Seit 2012 beteiligen wir uns aktiv an der Implementation eines „EX-IN-Kurses“ in Thüringen.
- Neben regelmäßigen Mitgliederstammtischen und Mitgliederversammlungen informieren wir die Mitglieder seit 2012 mindestens zweimal jährlich mit Rundbriefen über aktuelle Entwicklungen.
- Als Landesverband sind wir regelmäßig bei den Sitzungen des erweiterten Bundesvorstandes und im FA Menschen in Heimen vertreten.
- Im November 2011 wurde satzungsgemäß der Vorstand gewählt: Dirk Bennewitz, Erfurt (Vorsitzender), Reinhard Strecker, Altenburg (Stellvertreter), Claudia Ködel, Weimar (Schatzmeisterin).

*Für den Vorstand:
Reinhard Strecker*

*Kontakt:
DGSP-Landesverband Thüringen e.V.
c/o Dirk Bennewitz
Tungerstraße 9
99099 Erfurt
Tel.: (03 61) 43 02 39 35
E-Mail: dgsp-th@web.de*

Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (WGSP)

Die WGSP hat sich in den vergangenen drei Jahren stark um die Durchführung des ersten EX-IN-Kurses in Ostwestfalen-Lippe bemüht. Ende letzten Jahres wurde dieser abgeschlossen. 20 TeilnehmerInnen nahmen bis zum Ende teil, die Hälfte schloss den Kurs als EX-IN-DozentInnen ab. Ein zweiter Kurs mit Beginn im September 2013 wurde auf den Weg gebracht. Die Organisation findet in enger Kooperation mit dem Verein der Psychiatrie-Erfahrenen Bielefeld statt. Im Zusammenhang mit dem EX-IN-Kurs wurde mit Andreas Bethmann und Elke Hilgenböcker (Berlin) ein Forschungsprojekt vorbereitet, in dem die Erfahrungen der KursteilnehmerInnen zu EX-IN und die Effekte nach dem Kurs bewertet werden sollen. Es handelt sich um eine qualitative Forschungsarbeit mit Partizipation der KursteilnehmerInnen. Am 11. November 2012 fand ein Forschungsworkshop mit den EX-IN-KursteilnehmerInnen statt. Als Forschungsbeirat wurden Dr. Svenja Bunt und Prof. Michael Regus (emeritiert) gewonnen.

Die weiteren Aktivitäten der WGSP

- Das Filmprojekt „Ganz schön ver-rückt“ wurde mit der FH Bielefeld entwickelt und durchgeführt. Es handelt sich um Interviews mit erfahrenen ehemaligen Psychiatrie-PatientInnen und Psychiatrie-MitarbeiterInnen zu den Veränderungen in der Psychiatrie. Die DVDs sind über die FH käuflich zu erwerben.
- Die WGSP beteiligte sich an der Woche der seelischen Gesundheit in Bielefeld im Oktober 2011 mit einer Veranstaltung mit anschließender Diskussion, in der der oben genannte FH-Film gezeigt wurde.
- Die Vorstandssitzungen fanden zum Teil in Dortmund mit Margret Osterfeld und Ingrid Nölle statt.
- Christian Zechert engagiert sich für den Wiederaufbau der Angehörigenarbeit in Bielefeld.
- Laura Reinhold entwickelte die Homepage und die Internet-Erreichbarkeit der WGSP weiter.

Kooperationen bestanden mit

- dem Verein der Psychiatrie-Erfahrenen, mit denen sich die WGSP weiterhin die Geschäftsstelle teilt und die EX-IN-Ausbildung organisiert, wobei die EX-IN-Fortbildung personell von der WGSP – namentlich von Renate Schernus und Maria Canovai – betreut wird;
- der DGSP, hauptsächlich durch die Beteiligung an den erweiterten Vorstandssitzungen durch Maria Canovai und Laura Reinhold;
- dem Dachverband Gemeindepsychiatrie, Kontakt durch Christian Zechert;
- der Soltauer Initiative, personell vor allem durch Renate Schernus organisiert;
- der Fachhochschule Sozialwesen Bielefeld, mit der das Filmprojekt „Ganz schön ver-rückt“ entwickelt und durchgeführt wurde. Hier sind vor allem die Namen Kerstin Brechmann und Ingrid Wellmann zu nennen.

Tagungen

- Am 5. Mai 2011 fand die sehr gut besuchte Jubiläumstagung der WGSP „Zwei Jahrhunderte Soziale Psychiatrie – 35 Jahre WGSP – Haben wir fertig?“ in der LWL-Klinik Gütersloh statt. Als Gründungsmitglied der WGSP war Georg Schulte-Kemna mit dabei. Klaus Dörner hielt einen Vortrag mit dem Thema: „Soziale Psychiatrie: Planen, kämpfen und gestalten – was, wenn wir uns geirrt hätten?“ Die WGSP feierte an diesem Tag ihr 35-jähriges Bestehen.
- Zum 31. Januar 2013 bereitete die WGSP die Tagung „Experienced

Involvement – Psychiatrie-Erfahrene als Kolleginnen und Kollegen. Begegnungen, Verwicklungen, Rollenfindung“ vor; die Tagung fand in der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld vor der Mitgliederversammlung statt und war ebenfalls sehr gut besucht (150 Beteiligte). Besonders der hohe Anteil an Psychiatrie-Erfahrenen (rund 50 Prozent) und die aktive gemeinsame Diskussion sind hervorzuheben.

Finanzielle Aktivitäten

Die der WGSP zur Verfügung stehenden Finanzmittel fließen seit Jahren zum großen Teil in langfristige angelegte Projekte. Dies sind die Finanzierung der gemeinsamen Geschäftsstelle der WGSP und des Vereins der Psychiatrie-Erfahrenen (VPE) und die Mitfinanzierung der Internetauftritte der WGSP, des VPE und des Dialogs Bielefeld. An aktuellen finanziellen Maßnahmen wurden in den letzten Jahren neben Zuschüssen für die EX-IN-Ausbildung und zum Forschungspreis der DGSP auch Projekte wie das Filmfestival „Ausnahmestand“ unterstützt. Die Bilanz der Jahrestagung 2013 der WGSP musste mit etwa 1500 Euro finanziell ausgeglichen werden. Ute Krämer, Psychiatrie-Erfahrene und EX-IN-Dozentin, wurde finanziell in ihrem Studium am Kings College in London durch eine Spende der WGSP sowie durch die Vermittlung einer Spende der von Bodelschwingschen Stiftungen unterstützt.

Zur künftigen Ausrichtung der WGSP

Christian Zechert thematisierte die These, dass die Vereinstätigkeit der WGSP/DGSP unter immer mehr sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen stattfindet, anders als zu ihrer Gründungszeit. Daher lasse die bisherige Arbeit der WGSP sich schwerer aufrechterhalten. Als fachpolitischer Fachverband nehme die WGSP ihre Aufgabe und Selbstverpflichtung nicht mehr ausreichend wahr. Das ist nicht dem Mangel an Themen und Aufgaben zuzuschreiben, sondern den geringeren personellen Ressourcen des Verbandes. Die WGSP ist aufgrund ihrer personellen Schwächen in der Fachöffentlichkeit immer weniger präsent. Die Frage ist, welche Gründe es geben könnte für neue Mitglieder, sich in der WGSP zu engagieren:

- Problematisiert wird, dass z.B. der multidisziplinäre Ansatz nicht mehr ausreichend gegeben ist.
- Dafür hat der Dialog an Bedeutung gewonnen.
- Die traditionelle Rolle der WGSP/DGSP, auch „Fürsprecher der Betroffenen“ zu sein, ist durch die emanzipatorische Entwicklung der Selbsthilfe der Psychiatrie-Erfahrenen in eine „Legitimationskrise“ geraten.
- Mehr Menschen engagieren sich in ihren speziellen, z.B. berufspolitischen Verbänden.

Diese Veränderungen gelten sicherlich nicht nur für den westfälischen Landesverband. Zu prüfen ist, wie wir unsere Arbeit fortsetzen, strukturell und inhaltlich. Die Klausur der WGSP im Mai 2013 diente dazu, verschiedene Optionen zu thematisieren. An der Klausur nahm die Bundesgeschäftsstelle der DGSP, vertreten durch Richard Suhre, teil.

Vorstand

Im Anschluss an die Tagung vom 31. Januar 2013 fand die Mitgliederversammlung der WGSP mit Vorstandswahl statt. Wolfgang Bayer war bereits wegen Wegzug aus Westfalen aus dem Vorstand ausgeschieden. Der neu gewählte Vorstand setzt sich nun wie folgt zusammen: Vorsitzender ist Christian Zechert, sein Stellvertreter Dr. Bernd Meißnest, die zweite stellvertretende Vorsitzende ist Renate Schernus, Schatzmeisterin ist Laura Reinhold, für die Schriftführung ist Maria Canovai verantwortlich. In den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Hans-Jürgen Lerz, Ingrid Nölle, Margret Osterfeld und Ingrid Wellmann. Neue Mitglieder sind in der WGSP weiterhin immer willkommen!

*Für den Vorstand:
Maria Canovai*

*Kontakt:
WGSP e.V.
Geschäftsstelle:
Karl-Siebold-Weg 67
33617 Bielefeld
Tel.: (05 21) 1 44 37 58
E-Mail: wgsp@gmx.de
Internet: www.wgsp.de*



DGSP e.V., Zeltinger Str. 9

50969 Köln

Telefon: 0221/511002

Fax: 0221/529903

E-Mail: dgsp@netcologne.de

Internet: <http://www.dgsp-ev.de>